

39. Sitzung

am Montag, dem 9. März 2009

Inhalt

Kleine Anfragen gemäß § 29 Abs. 2 der Geschäftsordnung 2957

Nachtragshaushaltsgesetz und Nachtragshaushaltsplan der Freien Hansestadt Bremen für das Haushaltsjahr 2009 (einschließlich Veränderungen im Produktgruppenhaushalt)

Hier: Umsetzung des Konjunkturpakets II des Bundes

Mitteilung des Senats vom 3. März 2009
(Drucksache 17/709)

1. Lesung

Bürgermeisterin Linnert	2958
Abg. Röwekamp (CDU)	2962
Abg. Dr. Sieling (SPD)	2965
Abg. Dr. Güldner (Bündnis 90/Die Grünen)	2968
Abg. Rupp (DIE LINKE)	2971
Abg. Woltemath (FDP)	2974
Abg. Röwekamp (CDU)	2975
Abg. Rupp (DIE LINKE)	2977
Abg. Dr. Kuhn (Bündnis 90/Die Grünen)	2977
Abg. Rupp (DIE LINKE)	2978
Abstimmung	2979

Präsident Weber**Vizepräsidentin Dr. Mathes****Schriftführerin Cakici****Vizepräsident Ravens****Schriftführerin Marken**

Bürgermeisterin **Linnert** (Bündnis 90/Die Grünen), Senatorin für Finanzen

Staatsrat **Lühr** (Senatorin für Finanzen)Staatsrat **Mützelburg** (Senator für Umwelt, Bau, Verkehr und Europa)

Präsident des Rechnungshofs **Spielhoff**

(A) Präsident Weber eröffnet die Sitzung um 10.00 Uhr.

Präsident Weber: Ich eröffne die 39. Sitzung der Bürgerschaft (Landtag). Ich begrüße die anwesenden Damen und Herren sowie die Zuhörer und die Vertreter der Presse.

(Beifall)

Die Eingänge bitte ich der Mitteilung über den voraussichtlichen Verlauf der Plenarsitzung sowie dem heute verteilten Umdruck zu entnehmen.

I. Kleine Anfragen gemäß § 29 Abs. 2 der Geschäftsordnung

1. Zukunftsherausforderung „Lebensbegleitendes Lernen“

Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/
Die Grünen
vom 15. Dezember 2008

2. Studienplatzkapazitäten an Hochschulen und Universität im Lande Bremen

Kleine Anfrage der Fraktion der CDU
vom 20. Januar 2009

3. Schulbücher an Schulen im Lande Bremen

Kleine Anfrage der Fraktion der CDU
vom 20. Januar 2009

4. Aktuelle Situation der Landesfeuerwehrschule in Bremerhaven

Kleine Anfrage der Fraktion der SPD
vom 23. Januar 2009

(B)

D a z u

Antwort des Senats vom 24. Februar 2009
(Drucksache 17/702)

5. Kooperationen der bremischen Hochschulen und Forschungseinrichtungen in den Bereichen Lehre und Forschung

Kleine Anfrage der Fraktion der SPD
vom 3. Februar 2009

D a z u

Antwort des Senats vom 3. März 2009
(Drucksache 17/703)

6. Nutzung und Potenziale der Solarenergie in Bremen

Kleine Anfrage der Fraktionen der SPD
und Bündnis 90/Die Grünen
vom 9. Februar 2009

7. Promotionschancen für Fachhochschulabsolventen und Fachhochschulabsolventinnen

Kleine Anfrage der Fraktion der SPD
vom 9. Februar 2009

8. Verbesserung der Leichenschau

Kleine Anfrage der Fraktion der CDU
vom 10. Februar 2009

D a z u

Antwort des Senats vom 3. März 2009
(Drucksache 17/704)

9. Lebensbedingungen und Versorgung unbegleitete eingereister ausländischer Minderjähriger im Bundesland Bremen

Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/
Die Grünen
vom 13. Februar 2009

10. Asyl in Bremen – Entwicklung der Asylerst- und -folgeanträge und Entscheidungen und die rechtliche, finanzielle und menschliche Situation

Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE
vom 17. Februar 2009

11. Reduzierung von Fluglärm in Bremen

Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/
Die Grünen
vom 2. März 2009

(C)

Hinsichtlich der Abwicklung der Tagesordnung der Bürgerschaft (Landtag) wurde vereinbart, dass für die Beratungen zum Nachtragshaushalt in erster Lesung eine verlängerte Redezeit von bis zu 15 Minuten für den ersten Redner je Fraktion vorgesehen ist. Nach der Einbringungsrede der Senatorin für Finanzen, Frau Bürgermeisterin Linnert, erhalten die Redner der Fraktionen in der Reihenfolge CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE und FDP das Wort. In die Aussprache im Landtag fließt die Debatte über den Stadthaushalt ein, sodass in der Stadtbürgerschaft auf eine Aussprache verzichtet werden kann.

Wird das Wort zu den interfraktionellen Absprachen gewünscht? – Das ist nicht der Fall.

Wer mit den interfraktionellen Absprachen einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) ist mit den interfraktionellen Absprachen einverstanden.

(D)

(Einstimmig)

Wir treten in die Tagesordnung ein.

Nachtragshaushaltsgesetz und Nachtragshaushaltsplan der Freien Hansestadt Bremen für das Haushaltsjahr 2009 (einschließlich Veränderungen im Produktgruppenhaushalt)

Hier: Umsetzung des Konjunkturpakets II des Bundes

Mitteilung des Senats vom 3. März 2009
(Drucksache 17/709)
1. Lesung

Dazu als Vertreterin des Senats Frau Bürgermeisterin Linnert.

(A) Meine Damen und Herren, ich möchte noch darauf hinweisen, dass in diese Aussprache auch die Beratung des Stadthaushalts einbezogen werden soll.

Es ist verlängerte Redezeit vereinbart; sie beträgt für den jeweils ersten Redner einer Fraktion bis zu 15 Minuten.

Wir kommen zur ersten Lesung.

Die Beratung ist eröffnet.

Als erste Rednerin hat das Wort Frau Bürgermeisterin Linnert.

Bürgermeisterin Linnert: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Senat schlägt Ihnen heute einen Nachtragshaushalt für den Haushalt 2009 in erster Lesung vor, und zwar ist der Grund das Konjunkturprogramm der Bundesregierung. Die Bundesregierung hat als Reaktion auf die Wirtschafts- und Finanzkrise in Deutschland zwei Konjunkturpakete vorgeschlagen, und in dem zweiten Konjunkturpaket findet sich ein Anteil von 10 Milliarden Euro für die Länder, die für investive Maßnahmen, die der Konjunkturkrise begegnen sollen, in den Ländern beziehungsweise in den Gemeinden eingesetzt werden sollen. Bremens Anteil beträgt 117,9 Millionen Euro inklusive der 29 Millionen Euro – 25 Prozent – eigenem Anteil, die wir aufbringen müssen. Der wird in Bremen kreditfinanziert, auch das finden Sie in der Vorlage, das ist die Kreditemächtigung, die wir für dieses Geld brauchen.

(B) Die konzeptionellen Vorgaben der Bundesregierung für das Konjunkturpaket sind: Die Maßnahmen sollen kurzfristig zu realisieren sein, damit sie konjunkturwirksam werden können. Es soll ein hoher Anteil Mittelabfluss im Jahr 2009, also in diesem Jahr noch, sein, und es soll mit den Maßnahmen allerspätestens bis zum 31. Dezember 2010 begonnen werden, damit die konjunkturelle Wirkung eintreten kann. 65 Prozent des eingesetzten Geldes sollen in den Bereich Wissenschaft und Bildung fließen mit dem ganz besonderen Schwerpunkt energetische Sanierung. 35 Prozent gehen in die Bereiche sonstige Infrastruktur, wie Krankenhäuser, IT-Bereich, Lärmschutz, Radwege. Was wir damit in Bremen machen, sage ich Ihnen dann gleich.

Weiter zu den Vorgaben gehört, dass die Bundesregierung gesagt hat, die Mittel müssen zusätzlich eingesetzt werden. Das war auch ein besonderer Wunsch des Haushaltsausschusses des Bundes, vielleicht auch basierend auf den nicht immer ganz positiven Erfahrungen mit den Mitteln, die in den Aufbau Ost geflossen sind. Es ist ein legitimes Interesse. Bremen erkennt das an und hat auch in den Verhandlungen auf Bundesebene immer darüber gesprochen, dass wir es in Ordnung finden, dass es besondere Nachweispflichten für die Zusätzlichkeit gibt.

Es war geplant, dass der Durchschnitt der Investitionsanschläge der letzten Jahre Berechnungsgrundlage für die Frage ist: Gebt ihr das Geld auch zusätzlich

aus, oder ersetzt ihr nicht einfach nur Teile von Haushaltsmitteln durch Bundesmittel? Der Durchschnitt der Investitionsanschläge der letzten Jahre wäre für Bremen ein untauglicher Parameter, weil Bremen, wie Sie wissen, dem Bundesverfassungsgericht und auch der Gemeinschaft der Bundesländer und dem Bund einen Sanierungspfad angemeldet hat, und dieser Sanierungspfad geht, wie die mittelfristige Finanzplanung auch ausweist, von sinkenden Investitionshaushalten aus. Deshalb ist es Bremen gelungen, in die Spielregeln, die der Bund verabschiedet, für die Frage, ob die Investitionen auch zusätzlich sind, eine Art Bremen-Klausel einzuarbeiten, die unserem Sanierungsweg Rechnung tragen wird. Auf der Ebene droht also keine Gefahr. In den nächsten Wochen wird es eine Einigung über die dem Sanierungsweg zugrunde liegenden, über die dem Konjunkturprogramm und der Zusätzlichkeit zugrunde liegenden Grunddaten geben, aus denen dann die Berechnung der Zusätzlichkeit hervorgehen wird.

Es hat verfassungsrechtliche Bedenken im Zusammenhang mit dem Konjunkturpaket gegeben, insbesondere bei der Frage: Dürfen eigentlich in dem Bereich Bildung und Wissenschaft Bundesmittel ausgegeben werden? Die Föderalismusreform I hatte ja ergeben, dass da eine strikte Trennung zwischen der Bildungshoheit der Länder und den Ausgaben des Bundes sein soll, und jetzt muss man sich in diesem Zusammenhang doch ziemlich verrenken oder sich etwas einfallen lassen, damit es in diesem besonderen Fall doch möglich ist, dass Mittel in den Bereich Bildung und Wissenschaft, was der Senat ausdrücklich begrüßt, fließen können. Seit Ende letzter Woche ist aber ein Weg beschritten, über den ich mich auch sehr freue, der die ganze Sache mit Sicherheit verfassungskonform machen wird, indem nämlich verabredet wird, Artikel 104 b Grundgesetz so zu fassen, dass Bundeshilfen im Falle der Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts auch in den Bereichen möglich sind, in denen es eine ausschließliche Länderzuständigkeit gibt. Damit sind die verfassungsrechtlichen Probleme, die wir vielleicht auch hätten bekommen können, ausgeräumt.

Der Senat hat, weil er damit gerechnet hat, dass die Bundesregierung dieses Konjunkturprogramm auflegen wird, bei den Beratungen über die investiven Eckwerte für die Haushaltsjahre 2010 und 2011 Ende des Jahres 2008 darüber nachgedacht: Wie bekommen wir es eigentlich hin, unsere Finanzplanung und unsere Eckwerte für 2010 und 2011 so mit dem Konjunkturprogramm zu verzahnen, dass wir mit den hohen Anmeldungen, die aus den Ressorts gekommen sind, vielleicht zurechtkommen können? Es sind aus den Ressorts Anmeldungen weit über die Finanzplanung hinaus gekommen, was auf nach wie vor hohen Investitionsbedarf in Bremen hinweist. Es weist aber vor allen Dingen darauf hin, dass wir es mit weiterhin sehr hohen Vorfestlegungen in den investiven Haushalten zu tun haben.

(C)

(D)

- (A) Heute machen wir Ihnen hier einen inhaltlichen Vorschlag für das Konjunkturprogramm, der aber letztendlich erst in der Gesamtschau mit den Eckwerten 2010 und 2011, die noch in das parlamentarische Verfahren kommen, gesehen werden kann. Wir haben also in einem ziemlich komplexen Vorgang versucht, die zusätzlichen Investitionsanmeldungen für die zukünftigen Haushaltsjahre mit dem Konjunkturprogramm zu verzahnen und haben darüber auch Verschiebungen vorgenommen, Dinge, die vielleicht für den Haushalt infrage gekommen wären, in das Konjunkturprogramm getan und umgedreht, um auf diese Art und Weise Ihnen ein Gesamtpaket vorlegen zu können, das dem hohen Bedarf, den wir in Bremen an Investitionen, vor allem an Sanierungen, Instandsetzungen der Gebäude haben, Rechnung trägt.
- Hier möchte ich mich bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern – natürlich vor allen Dingen bei denen aus meinem Ressort, auch bei denen der Fachressorts – ganz herzlich dafür bedanken, dass in Windeseile ein Paket zustande gekommen ist, das einen sehr komplexen Sachverhalt erfasst, nämlich die Verzahnung der verschiedenen Investitionsstränge vorzunehmen, das versucht hat, allen Interessen gerecht zu werden, und eine Senatsvorlage vorbereitet hat und hier jetzt diese Vorlage für die erste Lesung der Bürgerschaft, die versucht, allen Interessen und den rechtlichen Vorgaben gerecht zu werden und versucht, ein Gesamtinvestitionspaket für Bremen zu schmieden, das sich wirklich sehen lassen kann.
- (B) (Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)
- Wir haben eine Staatsrätearbeitsgruppe eingerichtet, die sich die vielen Anmeldungen, die gekommen sind, angeschaut hat, sie bewertet und die Spreu vom Weizen getrennt hat. Wir können zum Beispiel im Moment für das Konjunkturprogramm weiß Gott nicht gebrauchen, dass sich jemand Planungsmittel wünscht. Wir haben geschaut, welche Doppelanmeldungen es für das Konjunkturprogramm und den Haushalt 2010 und 2011 gibt, es musste selbstverständlich geschaut werden, welche der geplanten und angemeldeten Projekte innerhalb der Richtlinien sind, und wir haben uns selbstverständlich auch in der Arbeitsgruppe nach den Prioritäten der jeweiligen Fachressorts gerichtet.
- Inhaltlich hat der Senat für die Ausfüllung des Konjunkturprogramms folgende Vorgaben gemacht: Das Konjunkturprogramm soll in Bremen Arbeitsplätze sichern und die wirtschaftliche Entwicklung Bremens fördern. Es soll regionale konjunkturelle Wirkung innerhalb der vom Senat gesetzten politischen Schwerpunkte entfalten. 25 Prozent des Anteils – also einen überproportionalen Anteil – des Konjunkturprogramms bekommt Bremerhaven, allerdings gibt es Verabredungen mit Bremerhaven, dass ein Drittel davon mit Landesprojekten in Bremerhaven in Absprache, und da ist auch Konsens erzielt, gefüllt wird.
- Der Aspekt der Nachhaltigkeit hat für den Senat eine besonders große Rolle gespielt. Sie wissen, dass wir für unseren Komplementärkostenanteil Kredite aufnehmen müssen, und mir ist es besonders wichtig, dass wir dadurch, dass energetische Sanierung Folgewirkungen entfaltet, hoffen können, dass in den nächsten Jahren der Kapitaldienst für diese Investition über die Energieeinsparungen, die dann nicht alle im Haushalt landen, sondern zum Beispiel vielleicht auch im Haushalt der Hochschulen, aber insgesamt gesehen eine positive Wirkung entfaltet, dass wir diesen Anteil dann darüber auch zurückbekommen können. Ziel des Konjunkturprogramms ist es also auch, Maßnahmen zu beginnen und durchzuführen, die in Zukunft Geld einsparen können.
- Außerdem war Wunsch des Senats, dass das Programm möglichst kleinteilig wirken soll. Es ist über die Stadt verteilt, es sollte eine besondere Wirkung auf Handwerk und kleinere und mittlere Betriebe haben. Wir haben sehr viel Mühe darauf verwendet, es gerecht über Bremen zu verteilen. Obwohl die Bedarfslage – wie hoch ist der Sanierungsstau? – vielleicht nicht immer deckungsgleich ist mit Stadtteilbedürfnissen, ist das trotzdem, hoffe ich, auch aus Ihrer Sicht halbwegs gelungen, und wir machen einen Mix aus Bauen und Beschaffen. Also, zum Beispiel Küchenausstattung und naturwissenschaftliche Räume in den Schulen gehören in den Teil Beschaffung, weil auch die Gefahr besteht, wenn das Geld ausschließlich verbaut wird, dass dann bestimmte Gewerke überlastet sind und das vielleicht auch gar nicht schaffen können.
- (D) Flankiert wurde der Erarbeitungsprozess des Konjunkturprogramms im Senat von verschiedenen Gesprächen, die geführt wurden. Auf Vorschlag von Bürgermeister Böhrnsen hat es zwei Gespräche des Senats mit Kammern und Gewerkschaften gegeben. Auch von hier aus herzlichen Dank für die rege Beteiligung! Wir haben eine große Bereitschaft wahrgenommen, mit den Vorschlägen des Senats und unseren Vorstellungen gut umzugehen. Wir haben gesehen, dass sie da auf gute Resonanz stoßen, und was besonders interessant war: Es sind Vorschläge von Kammern und Gewerkschaften gekommen, unter anderem zur Frage der Beschäftigungswirksamkeit und der Frage, ob wir nicht vielleicht Aufträge daran knüpfen könnten, dass auch Ausbildungsplätze gesichert oder geschaffen werden. Das werden wir noch überlegen, aber da gab es ganz große Bereitschaft der Interessenverbände, mit unseren Vorschlägen positiv umzugehen.
- Der Senat selbst schlägt Ihnen auch noch zur Vereinfachung oder Beschleunigung des Verfahrens vor, das Vergabegesetz in Bremen befristet so zu verändern, dass mehr freihändige Vergabe stattfinden kann, was eine Orientierung auf die regionale Wirtschaft erleichtert und die Prozesse beschleunigt. Wir werden aber – das sage ich hier auch – sicherstellen, dass die hohen Standards der bremischen Vergabeverfah-

(A) ren zum Beispiel durch striktes Einhalten des Vieraugenprinzips nicht gefährdet werden.

Jetzt möchte ich gern ein paar inhaltliche Sachen zum Konjunkturpaket sagen! Der Presse konnte ich entnehmen, dass erzählt wurde, dass der Bereich Wirtschaft zu den Verlierern des Konjunkturprogramms wird. Abgesehen davon, dass Sie das nur beurteilen können, wenn Sie eine Gesamtschau auf die Investitionstätigkeit des Senats machen, möchte ich hier noch einmal ganz dezidiert sagen, in welche Bereiche des Wirtschaftsbereichs Geld aus dem Konjunkturprogramm fließt: 1,5 Millionen Euro in die Ansiedlung des Fischereiforschungsinstituts – übrigens eine zentrale Zukunftsaufgabe! –, 3 Millionen Euro in den Masterplan Fischereihafen, 4 Millionen Euro in den Aufbau der Infrastruktur Windenergie – auch hier geht es um eine zentrale Zukunftsausgabe –, 1,8 Millionen Euro in den Forschungsausbau marine Aquakultur, 2,7 Millionen Euro in den Umbau des BITZ und 0,6 Millionen Euro in den Anleger Innenstadt/Bremen-Nord. Weitere 4 Millionen Euro gehen in die Elektrifizierung der Hafentram, das ergibt 13,6 Millionen Euro. Wenn man allerdings der Auffassung ist, dass Wirtschaftsförderung im Ausweisen von Gewerbeflächen besteht, dann muss ich Sie allerdings in der Tat enttäuschen, die sind dieses Mal nicht dabei.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

(B) Im Bereich der Schulen werden wir im Rahmen des Konjunkturprogramms zuzüglich Investitionen aus dem Gebäudesanierungsprogramm Handwerker in 44 Schulen schicken, in 44 Schulen über die Stadt verteilt. Davon sind in Gesamtschau mit dem Gebäudesanierungsprogramm über 50 Prozent Grundschulen, und in 16 Kindertagesheimen wird gebaut. Es werden Küchen eingebaut, es wird ausgebaut, erweitert für 11 Millionen Euro aus dem Konjunkturprogramm. Davon geht eine Million Euro an freie Träger, über eine Million Euro an kirchliche Träger und 0,5 Millionen an Elternvereine. Die 4 Millionen Euro, die in den Ausbau der U-3-Angebote gehen, werden dem Haushalts- und Finanzausschuss und der Jugend- und Sozialdeputation noch detailliert vorgelegt. Das wird erst im Laufe des Jahres genau entschieden, in welche Maßnahmen wir da investieren werden.

Der Bereich Inneres kann sich endlich sein Polizei- und Feuerlöschboot kaufen, ein riesiges bis dahin ungelöstes Problem für den Haushalt 2010 und 2011. Der Bereich Sport bekommt namhafte Summen für die Sanierung der Sportanlagen, 7,5 Millionen Euro fließen in energetische Maßnahmen der Hochschulen in Bremen, 1,2 Millionen Euro in die Hochschule Bremerhaven und 2,9 Millionen Euro in das Alfred-Wegener-Institut. Der Bereich Gesundheit erhält 4 Millionen Euro für das Rote Kreuz Krankenhaus und 2 Millionen Euro für Reinkenheide; für den Senat

ist das ein wichtiger Wirtschaftsförderungsbereich für Bremen. (C)

(Beifall bei der CDU und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Für den Kulturbereich wurde Platz geschaffen im Haushalt; in den parlamentarischen Beratungen wird noch genau besprochen werden, welche Maßnahmen das sein werden. Der Bereich Umwelt, Bau und Verkehr erhält 12 Millionen Euro für Lärmschutz-Brückensanierung und Radwege. Besonders freue ich mich, dass eine Million Euro für den Neubau der Wümmenbrücke dabei ist, das ist ein wichtiges Infrastrukturprojekt, gemeinsam mit Niedersachsen.

Am Ende dieser aus unserer Sicht beeindruckenden Liste möchte ich gern auf zwei umstrittene Projekte eingehen; es ist mir ein besonderes Anliegen, hier darüber etwas zu sagen! Die umstrittenen Projekte sind das ach so viel umkämpfte Freibad Blumenthal und die Botanik. Für das Freibad Blumenthal sind 1,1 Millionen Euro im Konjunkturprogramm vorgesehen, selbstverständlich wird das Geld erst durch den Haushaltsausschuss freigegeben werden, und es wird selbstverständlich nur dann freigegeben werden, wenn ein überzeugendes Konzept dazu vorliegt.

Ich bitte Sie, keine der hier im Haus vertretenen Fraktionen hat den Mut gehabt, sich am Ende dort hinzustellen und der Bevölkerung zu sagen: Wir machen euer Bad jetzt wirklich dicht, wir kündigen das nicht nur jahrelang an und lassen euch weiter am ausgestreckten Arm verhungern, sondern wir machen es wirklich dicht! Der Senat hat sich nach langen Überlegungen, nachdem wir ein Konzept vorgestellt haben, das dort aber vor Ort nicht auf Wohlwollen getroffen ist, entschieden, dass wir dieses Freibad erhalten wollen, weil es – das kann niemand ernsthaft bestreiten – der ausdrückliche und dezidierte Wille der Bevölkerung dort ist, und wenn man schon so viel von Bürgerwillen und Bürgerbeteiligung redet, mag es auch solche Fälle geben, bei denen man vielleicht auch gegen das, was ich mir finanzpolitisch wünsche, handeln sollte.

Der Senat will dieses Freibad erhalten, es ist früher einmal im Wesentlichen von den Bürgerinnen und Bürger dort finanziert worden, und der Stadtteil, der unbestreitbarerweise in besonderem Maße unter der Konjunkturkrise leidet – die Bremer Wollkämmerei ist das Stichwort –, hat sich über alle Parteigrenzen hinweg darauf verständigt, dass dieses Freibad für diesen Stadtteil eine wichtige, soziale und sportliche Funktion hat, und deshalb wird der Senat Ihnen einen Vorschlag machen, das Freibad zu erhalten und auch eine Finanzierung dafür zu finden.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

(D)

(A) Ich bitte auch alle die, die im Sport aktiv sind, ihren Frieden damit zu machen! Wir werden es kaum hinbekommen, neben dem Senat – und alle Kolleginnen und Kollegen haben vielleicht auch genug zu tun – jetzt auch noch extra einen Senator oder eine Senatorin für Freizeitangelegenheiten auszusuchen, und ob ich jetzt auch noch irgendwie für Bäder zuständig sein soll oder die Senatskanzlei, ist doch eher fraglich. Ich bitte die Sportleute – wir haben zusätzliches Geld bereitgestellt –, dieses Projekt in ihr Herz zu schließen, mitzumachen und nicht mehr zu bekriegen. Wie gesagt, es war ein einhelliger Wille auch aller Fraktionen, und ich finde, man sollte dann auch die Sache positiv besetzen. Ich lade niemanden zum Anbaden ein, aber vielleicht könnten wir den Menschen im Stadtteil ja auch den Eindruck vermitteln, dass wir das jetzt gern tun, nachdem wir uns so schwer damit getan haben und so viel Zeit gebraucht haben, um von ihnen überzeugt zu werden.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

(B) Das zweite umstrittene Projekt ist die Botanika. Ich meine, der Senat kann sich glücklich preisen, wenn es sich nur im Wesentlichen um diese beiden Dinge handelt, aber auch zur Botanika möchte ich gern sagen, was der Senat darüber denkt! Wir versuchen mit sehr viel Mühe, dieses Projekt auf einen Weg zu bringen, der die öffentliche Finanzierung am Besten beseitigt, wenn nicht stark einschränkt, und der Senat hat versucht, über das Werben von verschiedenen Angeboten überall in Deutschland ein anderes Konzept zu finden, das uns von den Zuschüssen befreit. Diese Angebote sind nicht überzeugend gewesen, und sie werden vor Ort auch keine Mehrheit finden. Da jetzt wohl nicht droht, dass jemand im Winter mit dem Heizlüfter die Pflanzen vor dem Erfrieren rettet, auf der anderen Seite uns aber das Bundesumweltamt rübiah damit gedroht hat, Mittel zurückzufordern, falls wir diesen mit dessen Geld unterstützen Bau schließen, wird uns nichts anderes übrig bleiben als das zu tun, was der Senat tun will, nämlich ein Konzept zu erarbeiten, das die Botanika zukunftsfähig macht und uns in Zukunft Zuschüsse erspart. Ich bitte Sie, das positiv zu begleiten und mit ein bisschen weniger Häme als das, was öfter einmal so rüberkommt. Diese Einrichtung gibt es jetzt, und es gibt keine Chance, sie zu schließen oder loszuwerden, es sei denn, man macht solange die Augen zu, bis sie verschwunden ist, das wird aber nicht passieren, und insofern ist es, glaube ich, alternativlos, sich jetzt darum zu kümmern, dass ein positives Konzept dabei herauskommt, und auch das sollten wir dann in unser Herz schließen.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Wie geht es weiter? Am 13. März 2009 – vielen Dank auch noch einmal an den Haushaltsausschussvorsit-

(C) zenden Herrn Röwekamp! – wird der Haushaltsausschuss sich mit allen Konkretisierungen des Konjunkturprogramms beschäftigen. Bis dahin werden die Listen konkretisiert, die bis heute nicht im Detail vorliegen, und am 18. März 2009 soll hier bitte die Bürgerschaft in zweiter Lesung das Konjunkturprogramm beschließen, so dass es dann auch wirklich losgehen kann. Auf Ebene der Verwaltungsleiter wird eine Arbeitsgruppe eingerichtet werden inklusive der Beteiligung Bremerhavens und von Immobilien Bremen, die am 23. März 2009 zu ihrer konstituierenden Sitzung zusammentritt und sich fest vornehmen wird, ein ganz intensives kritisches Controlling über den Ablauf der Bau- und Beschaffungsmaßnahmen vorzunehmen. Sie wird regelmäßig Berichte an den Haushalts- und Finanzausschuss abgeben, es wird ein Frühwarnsystem geben, falls irgendwelche Dinge wider Erwarten sich zeitlich anders entwickeln, als wir uns das vorgestellt haben, und Mitte Mai wird es einen Bericht an die Bundesregierung geben, wo wir unsere Ziele und Maßnahmen genau vorstellen. Ihnen werden wir im Februar, Mai, August und November jeweils quartalsweise Berichte über den Maßnahmenfortschritt vorlegen, der letzte Bericht ist für den Februar 2011 geplant, und ich bitte Sie, die in den Fachdeputationen sind, das immer kritisch zu begleiten! Bremen kann es sich auf keinen Fall leisten, dass wir zeitlich so abstützen, dass wir irgendwo Geld verfallen lassen; es ist auch der Ehrgeiz des Senats, dass das auf keinen Fall passiert.

(D) Zu diesem Haushaltsgesetz, das wir Ihnen vorgelegt haben, gehört auch noch etwas schwerverdaulichere Kost, wir bitten Sie nämlich um eine Ermächtigung, dass in Zukunft Bremen Derivatverträge abschließen kann. Derivatverträge sind Verträge, in denen man die Zinsen absichert und Verabredungen trifft, falls sie sich im Durchschnitt höher oder niedriger entwickeln als die Zinsen, als man den Kredit aufgenommen hat, und wir möchten erstens gern eine Ermächtigung von Ihnen haben, dass wir Derivatverträge abschließen können, und zweitens, dass wir diese auch für Kassenverstärkungskredite einsetzen können.

Im Moment ist es so, wenn man Kredite aufnimmt, was wir ja müssen, wie Sie wissen, dass wir für längere Laufzeiten, so, wie sie eigentlich geplant sind, weil wir ein verzahntes Kreditfinanzierungssystem wählen, sehr hohe Zinsen zahlen müssen, und um diese Effekte abzumildern, wollen wir lieber versuchen, für einen befristeten Zeitraum, hoffe ich, jedenfalls solange die Konjunkturkrise uns diese ungleichmäßige Zinsentwicklung beschert, mehr kürzeres Geld aufzunehmen. Dem Haushaltsausschuss wird genau berichtet über die Folgen dieses rechtlich etwas komplizierten Vorhabens, es ist auch mit dem Rechnungshof abgestimmt, aber wir haben es im Moment mit einer Entwicklung zu tun, wo wir für 1,2 Prozent kurzes Kassenkreditgeld bekommen können, während wir bis zu vier Prozent für etwas län-

(A) gere Laufzeiten zahlen müssen, und das sind 40 000 bis 60 000 Euro pro Tag an Zinsgewinnen, die wir erzielen können, wenn wir das tun, worum wir sie bitten, nämlich eine Ermächtigung für Derivatgeschäfte zu bekommen. Dem Haushaltsausschuss, das verspreche ich, wird intensiv über die Folgen berichtet werden, und es gibt auch Absprachen mit dem Rechnungshof.

Als Letztes möchte ich noch ankündigen, dass der Senat vorhat, Ihnen hier einen zweiten Nachtragshaushalt als Reaktion auf die Tarifeinigung vorzulegen, die wir im Einzelnen noch nicht genau kennen, aber wir haben ja verabredet, dass Gespräche auch mit dem Beamtenbund und dem DGB bezüglich der Beamtentariife und der Übertragbarkeit der Tarifeinigung auf die Beamten geführt werden. Wir müssen diese Einigung und die Entwicklung der Steuereinnahmen abwarten, es wird im Mai eine weitere Steuerschätzung geben, und die Reaktion auf diese beiden den Haushalt dann noch deutlich verändernden Dinge wird sich dann in einem zweiten Nachtragshaushalt an die Bürgerschaft niederschlagen.

Zum Schluss möchte ich mich noch einmal bei allen bedanken, die an dem Konjunkturpaket mitgewirkt haben, auch für die vielen Anregungen aus Beiräten, aus der Bevölkerung, aus Vereinen und natürlich auch aus den Fraktionen, und ich wünsche mir ein bisschen, dass wir uns neben allem, was daran auch formal hängt, auch noch ordentlich über die vielen Werkeleien in Bremen und Bremerhaven freuen können.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Röwekamp.

Abg. **Röwekamp** (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Während über den Jahreswechsel noch viele Bürgerinnen und Bürger in Deutschland, aber auch in Bremen und Bremerhaven die Finanzmarktkrise für etwas Virtuelles gehalten haben, stellen wir heute fest, dass viele Menschen in den beiden Städten unseres Landes unmittelbar von den Folgen der Finanzmarktkrise getroffen sind. Wir haben steigende Arbeitslosenzahlen durch den Verlust kurzfristiger Beschäftigung, wir haben eine dramatisch ansteigende Anzahl von Menschen, die über kurz oder lang in Kurzarbeit – und hoffentlich nur dort – werden arbeiten müssen, und deswegen ist es richtig und vernünftig gewesen, dass sich die Bundesregierung nach der ersten Sofortmaßnahme unmittelbar zu Beginn dieses Jahres verständigt hat auf ein Konjunkturpaket. Ich will das an dieser Stelle auch gleich für die CDU-Fraktion vorweg sagen, und es ist selbstverständlich auch richtig und notwendig, dass sich die Bremer Politik an diesem Konjunkturpaket beteiligt.

Ich gebe zu, es hat in den letzten 20 Jahren nicht immer Spaß gemacht, Haushaltspolitik in Bremen vertreten zu müssen, und ich gebe auch zu, dass es nicht leicht sein wird, in diesen Zeiten jetzt Haushalts- und Finanzpolitik nach Föderalismusreformkommission II zu vertreten, nach den schwierigen Rahmenbedingungen für die Haushaltsaufstellung der nächsten beiden Jahre, und insbesondere nach den enormen Anstrengungen, die hinter uns liegen, noch über zukünftige Zumutungen zu reden. Deswegen hat ja auch der Wissenschaftler, der immer ein kritisches Auge auf Bremen wirft, Herr Professor Seitz, gesagt, Bremen möge auf das Konjunkturpaket und seinen Anteil daran verzichten. Ich kann nur für die CDU-Fraktion erklären, dass ich das für einen fatalen Fehler hielt. Auch die Menschen in Bremen und Bremerhaven haben einen Anspruch darauf, dass sich ihre lokale Politik um die Interessen der beschäftigten Menschen in unserem Bundesland kümmert.

(Beifall bei der CDU, bei der SPD, beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der LINKEN)

Deswegen wird die CDU-Bürgerschaftsfraktion dem Nachtragshaushalt heute im Landtag zustimmen, weil wir es richtig finden, dass Bremen an dieser bundespolitischen Verabredung teilnimmt und dass wir uns gemeinsam darauf verständigen, die schwierigen Auswirkungen der Finanzmarktkrise auf die Beschäftigungssituation in Bremerhaven und Bremen abzufedern. Ich hoffe, durch dieses Tal zu kommen, dass wir es hoffentlich durch ein kräftiges Wachstum oder ein wieder ansteigendes Wachstum in der zweiten Jahreshälfte wieder aus eigener Kraft schaffen, Arbeitsplätze zu generieren.

Ich finde es übrigens sehr spannend in diesen Zeiten, in denen der Entwurf des Senats für einen Armutsbericht vorliegt, dass ausgerechnet dieser Armutsbericht dem, was die CDU-Fraktion hier seit Jahren schon vertreten hat, Recht gibt. Die beste Armutsbekämpfung ist die Schaffung von Beschäftigung und nicht das Verteilen von Geld.

(Beifall bei der CDU)

Deswegen haben wir als CDU-Bürgerschaftsfraktion schon sehr früh immer viel Wert darauf gelegt, dass auch in der Zeit der rot-grünen Koalition hier in Bremen nicht nachgelassen wird, in Bremen und Bremerhaven Arbeitsplätze zu schaffen, denn nur über den Weg von Mehrbeschäftigung wird es uns gelingen, die sozialen Verwerfungen in den beiden Städten unseres Landes dauerhaft und für die Menschen zufriedenstellend zu beseitigen.

Umso mehr sind wir über das Konjunkturpaket des Senats, was die konkreten Maßnahmen betrifft, überrascht. Wir freuen uns, das ist aber eine Selbstverständlichkeit, dass die Rahmenbedingungen, die auf Bundesebene verabredet worden sind, selbstverständ-

(C)

(D)

(A) lich auch in Bremen umgesetzt werden, und dass 65 Prozent der Mittel in den Schwerpunkt der Bildung und Wissenschaft fließen sollen, denn auch das ist ein zweites Maßnahmenpaket, glaube ich, das wir in Bremen und Bremerhaven, aber auch in Deutschland über viele Jahre unterschätzt haben, nämlich, dass eine gute Bildung auch ein ganz wesentlicher Baustein für Armutsbekämpfung ist. Deswegen ist es richtig, dass die Verabredung fernab aller Verfassungsfragen auf Bundesebene getroffen worden ist, gerade diesen Bereich beim Konjunkturprogramm zu privilegieren. Diese Schwerpunktsetzung findet auch in Bremen die volle Unterstützung der CDU-Bürgerschaftsfraktion.

Wir hätten uns allerdings bei den übrigen Maßnahmen gewünscht, dass das Ziel, mehr Beschäftigung zu schaffen, nicht nur über ein Strohfeuer für die Dauer der Umsetzung des Konjunkturprogramms gegolten hätte, und nachdem der Wirtschafts- und Häfensenator bereits zwei Nullrunden in dem Doppelhaushalt 2008 und 2009 hinsichtlich seiner Investitionen in die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit hinnehmen musste, ist er ja nun bei den Mitteln des Konjunkturprogramms, sehr geehrte Frau Bürgermeisterin Linnert, bezogen auf die Stadtgemeinde Bremen, ein drittes Mal so gut wie leer ausgegangen.

(B) Alle Maßnahmen, die Sie eben angeführt haben, die angeblich in das Ressort von Herrn Nagel fallen, bis auf die Hafentbahn, sind alles Projekte, die in Bremerhaven stattfinden. Das belegt – ich finde das richtig und vernünftig –, dass Bremerhaven ein sehr ausgewogenes Paket von Maßnahmen vorgeschlagen hat – aber so macht man es auch, ein Kompliment an Bremerhaven! –, auch in die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Standorte zu investieren.

(Beifall bei der CDU und bei der SPD – Zuruf des Abg. D r . K u h n [Bündnis 90/Die Grünen])

Bremen aber geht für Senator Nagel wieder einmal leer aus. Er ist übrigens der einzige deutsche Wirtschaftsminister, der mit dem Konjunkturprogramm nichts zu tun hat. Ich finde, das ist ein falsches Zeichen für Beschäftigung und Wachstum in Bremen und Bremerhaven,

(Beifall bei der CDU)

denn es kann bei einem Konjunkturprogramm nicht nur darum gehen, Stadtteilinteressen zu befriedigen, Frau Bürgermeisterin Linnert, sondern es muss darum gehen, nachhaltige Projekte zu generieren, die kurzfristig für Beschäftigung sorgen, aber die langfristig auch in die Strukturen und Stärken unserer beiden Städte in unserem Land investieren.

(Beifall bei der CDU)

(C) Deswegen werden wir dem Maßnahmenkatalog des Senats nicht zustimmen, weil wir ihn inhaltlich nicht teilen. Wir hätten uns eine Schwerpunktsetzung für die Schaffung von Arbeitsplätzen gewünscht, und wir können das, bezogen auf die Stadtgemeinde Bremen, in dem Programm, das Sie vorgestellt haben, an dieser Stelle nicht wiederfinden.

Übrigens gilt das bedauerlicherweise auch für den Bereich der Wissenschaft. Ein großer Schwerpunkt des Programms sollte auch die Investition in die wissenschaftliche Infrastruktur sein, und das, was Sie in Ihrem Maßnahmenplan vorlegen, findet auch im Wesentlichen in Bremerhaven statt, mit Ausnahme der Gebäudesanierung. Alles, was an Neugründungen und an neuen Impulsen gesetzt wird, wird an der Hochschule und in den Instituten in Bremerhaven generiert. Ich hätte mir gewünscht, dass wir einen solchen Schwerpunkt auch in der Stadtgemeinde Bremen gemeinsam setzen könnten.

(Beifall bei der CDU – Zuruf des Abg. D r . K u h n [Bündnis 90/Die Grünen])

(D) An der Stelle reden wir als CDU-Bürgerschaftsfraktion auch über Nachhaltigkeit. Es geht gar nicht darum, ob die Menschen in Blumenthal ein Freibad haben wollen. Wenn das politisch opportun ist und sich die Menschen darauf verständigen, dann muss es einen Weg geben, der das am Ende auch finanziert. Aber ein solches Projekt gehört doch nicht in ein Konjunkturprogramm, das ist doch das Gegenteil von Nachhaltigkeit! Das führt dazu, dass wir in den nächsten Jahren hier über Folgekosten in fünfstelliger Höhe verhandeln werden müssen. Das gehört nach Auffassung der CDU-Bürgerschaftsfraktion nicht in ein Konjunkturprogramm, das auf Nachhaltigkeit und dauerhafte Belebung am Arbeitsmarkt setzen soll.

(Beifall bei der CDU)

Ich glaube deswegen, dass insofern die neue grüne Finanzpolitik auch ihr Feigenblatt abgelegt hat. Ich kann mich noch sehr genau daran erinnern, mit welchen hohen Erwartungshaltungen Sie zu Beginn Ihrer Arbeit, was Transparenz und Klarheit von Haushalts- und Finanzpolitik betrifft, in den Ring gestiegen sind, Frau Bürgermeisterin Linnert. Was ist davon eigentlich übrig geblieben? Sie haben, bevor Sie in den Senat gegangen sind, alle Kapitaldienstfinanzierungen brutalstmöglich abgelehnt. Heute finanzieren Sie Parkunterhaltungen aus Kapitalmarktfinanzierung. Sie haben gegen Hauruckaktionen hier im Parlament immer wieder Stimmung gemacht. Was haben wir im Dezember gemacht? Einmal eben im Haushalts- und Finanzausschuss ein 70-Millionen-Euro-Paket im Spaziergang für die städtischen Kliniken beschlossen! Ich füge hinzu: Seit der letzten Sitzung des Krankenhausausschusses wissen wir, von den 10 Millionen Euro sofortiger Liquidität braucht die

- (A) Krankenhausgesellschaft nur 1,5 Millionen Euro, der Rest ist schon einmal im Dezember 2008 überwiesen worden, man weiß ja nicht, wie es weitergeht. Ist das Haushaltsklarheit und solide Haushaltsführung? Ich sage für die CDU-Bürgerschaftsfraktion: Das ist das Gegenteil von dem, was Sie hier über Jahre im Parlament gepredigt haben.

(Beifall bei der CDU)

Wenn man dann denkt, es geht nicht schlimmer, dann fällt dem Senat doch noch etwas ein. Dass der Senator für Wirtschaft und Häfen leer ausgegangen ist, okay, aber dass die frei werdenden kapitalmarktfinanzierten Mittel aus dem JadeWeserPort jetzt dazu genutzt werden, um Projekte wie den Neubau der JVA und die Krankenhausinfrastruktur zu bezahlen und dass der Senator für Wirtschaft und Häfen in den nächsten 30 Jahren Zins- und Tilgungsraten für eine JVA und für Krankenhäuser übernehmen muss, das schlägt der Haushaltsklarheit und -wahrheit den Boden ins Gesicht, das will ich an dieser Stelle sagen!

(Beifall bei der CDU)

- (B) Ich habe heute auch wieder gehört, dass Sie gesagt haben, der geht gar nicht leer aus, und wir haben ja auch zusammen das Gebäudesanierungsprogramm verabredet, meine Damen und Herren und Herr Staatsrat Dr. Heseler. Ich sage Ihnen, das sind völlig ungefangene Fische. Wir stehen erst am Anfang der Haushaltsberatungen,

(Abg. D r . K u h n [Bündnis 90/Die Grünen]: Ja, eben!)

und die Finanzsenatorin hat bereits eben am Ende ihrer Rede auf große Risiken in unseren Haushalten in den nächsten beiden Jahren hingewiesen. Wir werden in diesem Jahr wegen des Tarifabschlusses des öffentlichen Dienstes einen Nachtragshaushalt beschließen müssen, und ich glaube, das wird nicht der letzte Nachtragshaushalt sein, weil wir natürlich im Mai auf der Grundlage der Steuerschätzung auch noch einmal erhebliche Einnahmeeinbrüche haben werden. Wer dann glaubt, dass von diesem Gebäudesanierungsprogramm wirklich im Kern noch das übrig bleibt, was heute auf dem Papier vorgelegt worden ist, der täuscht sich!

Ich sage voraus, dass der Wirtschaftssenator auch am Ende des Doppelhaushalts 2010/2011 leer ausgehen wird, und das ist für viele Menschen in den beiden Städten unseres Landes eine schlimme Botschaft, weil sie große Erwartungshaltungen an diesen Senat bezüglich Wachstum und Beschäftigung und Lösung ihrer Armutsprobleme hatten, die Sie jetzt enttäuschen werden.

(Beifall bei der CDU – Abg. D r . G ü l d - n e r [Bündnis 90/Die Grünen]: Das wird auch nicht wahrer, wenn man es wiederholt!)

Bei jedem Streit um das Detail bleibe ich dabei: Wir halten die Teilnahme Bremens an den Maßnahmen des Bundes zur Belebung der Konjunktur für richtig, wir halten die Umsetzung für falsch.

(C)

Im Übrigen scheinen Sie so richtig an die Botschaft, dass das die richtigen Projekte sind, auch nicht zu glauben. Wir haben in der letzten Woche versucht, in den Ausschuss- und Deputationsberatungen einmal zu spüren: Warum haben Sie sich eigentlich für dieses Projekt entschieden? Nach welchen Kriterien sind Sie eigentlich vorgegangen? Welche Anmeldungen, von denen Sie heute auch wieder geredet haben, hat denn zum Beispiel der Wirtschaftssenator bei der Finanzsenatorin eingereicht, und welche hat er davon bewilligt bekommen? Das Gegenteil von Transparenz war übrigens die Antwort dieses Senats: Sie haben sich nicht getraut, Ihre Projektlisten vorzulegen, und Sie haben damit dem Parlament nicht die Möglichkeit gegeben abzufragen, ob die von Ihnen vielleicht festgelegten Kriterien im Einzelfall eingehalten worden sind und ob sie richtig gewesen sind. Das war eine Verschleierungsnummer allererster Güte, was Sie in der letzten Woche gemacht haben!

(Beifall bei der CDU – Abg. D r . S i e l i n g [SPD]: Aber ohne Argumente!)

Deswegen sage ich, sehr geehrte Frau Finanzsenatorin Linnert, mir macht es richtig Spaß, hier jetzt auch einmal die Position einnehmen zu können, die Sie über Jahre hier gehabt haben,

(D)

(Zurufe)

und es freut mich, dass Sie mit Ihren hehren Ansprüchen an finanzpolitische Wahrheit und Klarheit an den gleichen sozialdemokratischen Fronten scheitern, wie es der CDU-Bürgerschaftsfraktion zwölf Jahre ergangen ist.

(Beifall bei der CDU)

Es ist eben nicht leicht, mit Sozialdemokraten haushaltspolitische Verabredungen zu treffen. Das spüren Sie jetzt, und da muss man eben auch einmal das eine oder andere hehre Ziel, das man in der Opposition vor sich hergetragen hat, über Bord werfen. Wir haben diese Erfahrung schon gemacht, und wir beneiden Sie um Ihre Situation nicht, aber wir wünschen uns natürlich, dass Sie in den weiteren Beratungen, die wir bis zur nächsten Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses haben werden, noch in der Lage sind, vielleicht doch noch die eine oder andere Aussage zu den von Ihnen entwickelten und angewendeten Kriterien zu finden.

(Abg. D r . K u h n [Bündnis 90/Die Grünen]: Wir warten auf Ihre Vorschläge!)

(A) Ich hoffe auch, dass Sie vielleicht doch noch zu der Überzeugung kommen, uns im Rahmen von Haushaltsklarheit und -wahrheit die Projektlisten vorzulegen, aus denen Sie Ihre Projekte ausgewählt haben, damit wir beurteilen und nachvollziehen können, ob das die richtigen Projekte gewesen sind.

Die CDU-Bürgerschaftsfraktion wird dem Nachtragshaushalt, der Kreditermächtigung und den Veränderungen in der Zinsbewirtschaftung heute seine Zustimmung geben. Die CDU-Bürgerschaftsfraktion wird der Projektliste insgesamt nicht die Zustimmung geben. Darin sind viele richtige und gute und vernünftige Projekte, wir halten die Projektliste insgesamt für falsch und fehlerhaft ausgewogen, und deswegen werden wir der Projektliste heute die Zustimmung nicht geben. – Vielen Dank!

(Anhaltender Beifall bei der CDU)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Dr. Sieling.

(B) Abg. **Dr. Sieling (SPD)***: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Nachtragshaushalte haben eigentlich immer ein bisschen einen Beigeschmack, weil man davon ausgeht, wenn die Regierung so etwas vorlegen muss, dann seien dort gewisse Dinge nicht beachtet worden. Ich glaube, wir haben hier heute eine völlig andere Situation. Wir haben hier einen Nachtragshaushalt zur Beratung vorliegen, der Reaktionsschnelle zeigt, der aufnimmt, was für uns alle in diesem Bundesland, aber nicht nur deutschlandweit, sondern man muss sagen weltweit für die politisch Verantwortlichen steht, jetzt einzugreifen und diese krisenhafte Entwicklung nicht so stehen zu lassen. Ich will deshalb auch sehr deutlich machen, dass dieser Nachtragshaushalt und dieses Konjunkturprogramm sich daran in allererster Linie messen lassen müssen, aber eben auch messen lassen können, dass sie Wirkungen auf die Stabilisierung der wirtschaftlichen Entwicklung und auf Arbeitsplätze haben. Das ist das, worum es uns geht, und das schaffen wir auch.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Das Konjunkturprogramm basiert auf den Entscheidungen der Bundesregierung, des Bundestages und auch der Zustimmung des Bundesrates, und in dem Zusammenhang ist es immer darum gegangen – in diesem Teil der Anstrengungen –, dass die Binnenkonjunktur gestärkt werden soll, die Binnenwirtschaft auch, vielleicht sogar hier und da mit neuen Arbeitsplätzen bereichert werden soll. Auch das ist eine richtige Angelegenheit und spiegelt sich hier wider. Dies ist also eine Chance, und der Senat hat diese Chance auch noch einmal mit dem hier Vorliegenden dahin

*) Vom Redner nicht überprüft.

(C) gehend ausgebaut, dass wir, glaube ich, Mängelbereiche, die wir haben – gerade im Bereich der öffentlichen Infrastruktur, in Sanierung öffentlicher Einrichtungen –, angehen und dabei auch noch die richtigen Schwerpunkte auf Bildungsinvestitionen und den sozialen Zusammenhalt setzen können. Auch das ist die richtige inhaltliche Schwerpunktsetzung, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Nachdem ich jetzt die Rede von Herrn Röwekamp gehört habe, muss ich sagen, ich bin auf eine Sache sehr stolz: Ich bin sehr stolz und sehr froh, dass dieser Senat uns hier ein Gesamtpaket vorlegt. Hier gibt es kein Ressortinvestitionsprogramm, das ist eine Gemeinschaftsanstrengung. Das unterscheidet es von der Erfahrung der letzten 15 Jahre,

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

in denen wir Ressortauseinandersetzungen hatten. Hier gibt es eine geschlossene Veranstaltung, eine geschlossene Regierung, die geschlossen für Bremens und Bremerhavens Zukunft arbeitet, und das ist die Aufgabe und der richtige Weg, meine Damen und Herren!

(D) Dass es hier um Verschleierung gegangen sein soll, das fand ich besonders amüsant, dass hier der Unterschied, der zwischen Frau Linnert alt und Frau Linnert neu aufgemacht wird – entschuldigen Sie, Frau Bürgermeisterin, wenn ich das so salopp sage! –, den Unterschied habe ich bisher noch nicht erkennen können, ich habe es auch nicht erwartet. Ich erwarte so etwas im Übrigen gerade bei ihr auch nie. Wenn sich hier aber jemand hinstellt und dann versucht, Frau Linnert alt zu spielen, in dessen Verantwortung immer Haushalte vorgelegt worden sind mit Kapitaldienstfinanzierung, mit anderen Dingen, die in der Tat verschleiert haben, und wir heute einen Nachtragshaushalt haben, der bis auf das letzte Projekt hin transparent und deutlich macht, wohin das Geld fließt, das ist Transparenz, Offenheit, Zukunftsorientiertheit!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Ich will mich aber, weil ich dieses Programm und diese Anstrengungen viel zu wichtig finde, nicht mit dem Klein-Klein der unterschiedlichen Fraktionen hier auseinandersetzen. Wir können, glaube ich, sehr froh sein, und ich würde mich freuen, wenn die anderen Fraktionen sich der Aussage der CDU anschließen, dass man hier diesem Nachtragshaushalt zustimmt. Das ist der Krise angemessen, und das ist die richtige Reaktion. Wir haben mit diesem Konjunkturpaket die Möglichkeit genutzt – die Bürgermeisterin hat

(A) es gesagt –, auch mit bremischen Eigenmitteln 118 Millionen Euro für die nächsten zwei Jahre auf den Weg zu bringen. Insgesamt werden davon – und auch das ist, glaube ich, eine Zahl, die man hier gut sagen kann und die man sehr deutlich machen muss, gerade in unserer Seestadt – 30 Millionen Euro nach Bremerhaven gehen. Das ist ein Anteil von 25 Prozent, das ist eine besondere Anstrengung zur Verbesserung der Bedingungen in Bremerhaven. Auch dafür steht dieser Senat.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Wir werden hier die Substanz erhalten, wir werden den Sanierungsstau abbauen, aber es wird auch helfen, die Wirtschaft wieder in Fahrt zu bringen. Ich möchte daran erinnern, darüber ist ja auch öffentlich berichtet worden, dass der Senat im Vorfeld dieser Beratungen – die Bürgermeisterin hat es hier angesprochen – Impulse aus der Bevölkerung, Impulse aus den Beiräten, aus vielen Bereichen, aufgenommen hat. Man hat ja auch Impulse aus der Wirtschaft aufgenommen, indem man Gesprächsrunden mit den Kammern in diesem Land gemacht hat und sich Meinungen zu diesem Sachverhalt eingeholt hat. Ich will sagen, dieses Programm, das auf die Stärkung der Binnenkonjunktur setzt, ist nicht umsonst explizit von der Handwerkskammer so offensiv unterstützt worden, denn es wird insbesondere in den handwerklichen Bereichen zu Arbeitsplätzen führen und teilweise sogar zu neuen Arbeitsplätzen, behaupte ich hier. Es wird die Binnenwirtschaft an einer wichtigen Stelle stärken, an der wir im globalen Kontext gerade Schwächen haben. Auch das zeigt die richtige Ausrichtung dieses Programms.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Ich bin froh, dass ich hier im Einzelnen nicht mehr verteidigen muss, was die Bundesregierung aus SPD und CDU beschlossen hat, dass die Schwerpunktsetzung von 65 Prozent auf Bildung richtig und zukunftsgerichtet war. Im Übrigen, eine solche Bildungsinvestition in einem weiten Sinne begriffen, da geht es wirklich um die jungen Menschen, um die Kinder, es geht auch um die Kindertagesstätten, dass dies auch wirtschaftliche Zukunft bedeutet.

Ich möchte gern – es ist, glaube ich, wichtig, weil wir eben auf diese Transparenz Wert legen – doch noch einmal darauf hinweisen, was wir mit diesem Programm alles tun! Mit dem Konjunkturprogramm werden Schulen saniert, es werden in Bremen allein 44 Schulen in allen Stadtteilen angefasst, in Bremerhaven werden 30 Schulen angefasst, darunter die gewerblichen Lehranstalten und das Schulzentrum Geschwister Scholl in Bremerhaven. In Bremen wird das, was den Bildungskonsens und dem uns bevor-

stehenden Schulgesetzänderungen entspricht, angegangen. Wir gehen in die Grundschulen, wir stärken die Oberschulen, und wir tun auch etwas für die Gymnasien, wo das erforderlich ist, also auch hier eine ganzheitliche Stärkung des Bildungssektors mit wirklich sehr notwendigen Sanierungen. Wer einmal in den Stadtteilen ist und sich einmal in den unterschiedlichen Quartieren die Schulen anschaut, weiß genau, wie groß der Bedarf dort ist, das ist eine wichtige Ausrichtung.

(Beifall bei der SPD)

Zum Bereich der Kindertagesheime: Über 40 Kindertagesheime in Bremen und über 30 Kindertagesheime in Bremerhaven werden hier unterstützt, und die Versorgung der unter Dreijährigen wird richtig mit fast fünf Millionen Euro in unseren beiden Städten verbessert; das ist aktive Zukunftsvorsorge mit diesem Konjunkturprogramm!

(Beifall bei der SPD)

Wenn man etwas für Kinder und Jugend tun will – und dieser Senat und diese Regierung tut dies, wir schauen nach vorn und sagen, wir müssen insbesondere dort, wo die Zukunftsressourcen sitzen, die Dinge in die Hand nehmen –, darf man auch den Bereich von Sportanlagen und Turnhallen durchaus ins Auge fassen. Ich muss hier nichts mehr zum Blumenthaler Freibad sagen, die Bürgermeisterin hat alles dazu ausgeführt, und wir haben hier auch keine Kritik gehört, weil es doch in allen Parteien und allen Fraktionen breite Unterstützung dafür gibt, sicherlich auch Kritik, gar keine Frage, aber insgesamt breite Unterstützung. In diesem Konjunkturprogramm werden aber auch Turnhallen – und das ist auch wichtig für die Entwicklung der Menschen, dass es Möglichkeiten im Sportbereich gibt – angefasst, es werden die Rasenplätze und die verschiedenen Sportanlagen angefasst, und ich finde es auch richtig, dass wir endlich eine Zusage umsetzen, nämlich nach dem Umbau des Weserstadions auch das Thema der Leichtathletikanlage anzugehen, und die Tatsache, dass Bremen seit gestern einen Europameister hat, ist vielleicht ein gutes Indiz für den heutigen Tag, von hier aus meinen Glückwunsch an Sebastian Bayer, den neuen Europameister aus Bremen!

(Beifall bei der SPD)

Natürlich werden Krankenhäuser unterstützt. Ich habe hier Debatten verfolgt und habe hier selbst gestanden und bin kritisiert worden, oder es ist versucht worden, mich dafür zu kritisieren, dass wir nur öffentliche Krankenhäuser angehen würden. Nein, meine Damen und Herren, alle Krankenhäuser, egal, ob sie privat, gemeinnützig oder öffentlich sind, können von diesem Konjunkturprogramm Unterstützung erfahren, zehn insgesamt in unseren beiden Städten.

(C)

(D)

- (A) Dieses Konjunkturprogramm wird bei 10 000 Kilometern Radwegen zu neuen Sanierungen führen, und wir werden in dem wichtigen Bereich der Lärmsanierung einiges tun. Ich sage ganz offen, eine Million Euro geht dort hinein, meine Fraktion könnte sich dort noch mehr vorstellen, aber daran kann man ja arbeiten, Lärmsanierung, das ist etwas für eine Zukunftsfähigkeit einer Großstadt, und da müssen wir tätig werden.
- (Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)
- Aber, Kollege Röwekamp hat das ja angesprochen, es geht natürlich auch immer sehr um den Blick auf die Frage von Wirtschaft und Wissenschaft. All dem, was ich hier aufgezählt habe, lasse ich nicht unterstellen, dass dies nicht auch aktive Wirtschaftsförderung ist!
- (Beifall bei der SPD)
- Das ist Unterstützung der lokalen Wirtschaft, des Handwerks, da bitte ich, keinen falschen Zungenschlag aufkommen zu lassen. Eine Baumaschine ist nicht besser, wenn sie in einem Gewerbegebiet rollt statt in einer Schule zu rollen. Ich finde, für die Schule ist es zur Zeit viel angemessener, und das ist auch gut und wichtig so.
- (B) (Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)
- Dann will ich zu diesem Vorwurf, hier wäre nichts für den originären wirtschaftlichen Bereich gemacht worden, sagen: Die Behauptung, in anderen Bundesländern sei dies stärker, will erst einmal nachgewiesen werden, aber wir setzen in der Wirtschaftspolitik mit dieser Koalition auf die Verbindung von Innovation und Wissenschaftsförderung. Darum ist es natürlich richtig, wenn die Bürgermeisterin hier für das Alfred-Wegener-Institut, für das Institut für Fischereiökologie und für die Hochschule auf die Maßnahmen in Bremerhaven verweist. Ich bitte Sie, noch einmal diesen schönen kleinen grauen Auszug aufzunehmen, weil Sie natürlich unterschlagen haben, Herr Röwekamp, dass auch konkrete Projekte in Bremen einen Gegenstand in diesem Konjunkturprogramm bilden. Meines Erachtens ist es aber nicht zufällig.
- (Abg. R ö w e k a m p [CDU]: Energetische Sanierung!)
- Nein, das stimmt nicht! Es ist nicht zufällig, dass dieser Punkt vergessen worden ist. Diese Regierung setzt in der Tat – zumindest dort, wo wir keinen Mangel haben, und in der Stadt Bremen gibt es da kaum Mangel, in Bremerhaven sieht das ja bekanntlich ein bisschen anders aus, da wir dort insbesondere im Bereich
- Windkraft durchaus neue Erschließungsmaßnahmen haben – grundsätzlich nicht auf neue Gewerbegebiete, aber trotzdem auf die Stärkung der Gewerbebestände, die wir haben. Ich darf das einmal übersetzen: Wir machen, Gott sei Dank, nicht mehr den Quatsch und reden über die Westerweiterung des Technologieparks oder die Ausweitung in das Hollerland; das war Ihr Traum, Herr Röwekamp, damit ist jetzt Schluss, das brauchen wir nicht mehr!
- (Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen – Abg. D r . K u h n [Bündnis 90/Die Grünen]: Albraum!)
- Wir machen uns aber aktiv Gedanken und Sorgen über die Zukunft des Technologieparks. Es ist nämlich jetzt eingetreten, was wir seit Jahren als Sozialdemokraten und was auch die Fraktion der Grünen früher immer befürchtet haben, dass wir nämlich Probleme im Technologiepark selbst bekommen, und darum muss der Kern dieses sehr wichtigen Gewerbegebiets jetzt angefasst werden, und deswegen setzt dieses Konjunkturprogramm 2,7 Millionen Euro in die Modernisierung des BITZ, des Bremer Innovations- und Technologiezentrums.
- (Abg. D r . G ü l d n e r [Bündnis 90/Die Grünen]: Das heißt aber, nichts in Bremen!)
- Das heißt bei Ihnen, keine Investition in Bremer Wirtschaft, nein, es ist falsch, dieses Konjunkturprogramm setzt dort einen Akzent, und es setzt auch den richtigen Akzent. Lassen Sie uns gemeinsam die Zukunft des Technologieparks anfassen, dann sind Sie auf den richtigen Weg, meine Damen und Herren!
- (Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)
- Ich will zum Schluss unterstreichen, dass dieses Konjunkturprogramm sich keine Vorwürfe gefallen lassen muss; es tut viel für die Grundsubstanz in unseren beiden Städten, es unterstützt sehr konkret die lokale Wirtschaft und wird dazu führen, dass wir vielleicht die Chance haben, sogar nicht nur Arbeitsplätze zu sichern, sondern in gewissen Bereichen, gerade bei Zukunftsdingen, neue zu schaffen. Da verstehe ich ironische Zwischenrufe überhaupt nicht. Energetische Sanierung ist ein Zukunftsthema, und wer dabei Ironie und Zynismus hat, der ist auf dem falschen Dampfer!
- (Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen – Abg. D r . G ü l d n e r [Bündnis 90/Die Grünen]: Er soll das einmal in der Handwerkskammer erzählen!)
- Wir haben mit dieser rot-grünen Koalition verantwortungsvoll, schnell und vorbildlich reagiert und hier

(A) dieses Konjunkturprogramm vorgelegt. Ich erhoffe mir, dass die Unterstützung breit und durchgängig trägt. Es macht deutlich, dass die rot-grüne Koalition keine Investitionsallergie hat, wir haben große Investitionsfreude, aber für die richtigen und zukunftsgerichteten Dinge, und darauf geht dies auch, und ich bin sehr stolz darauf, wie hier ein Programm über alle Teile unserer beiden Städte vorgelegt worden ist.

Jetzt kommt es darauf an, heute zuzustimmen, die Beratung ordentlich zu führen, in schon zehn Tagen die zweite Lesung zu beschließen und dann in die Umsetzung zu gehen. Die Dinge müssen in die Wirklichkeit gesetzt werden, das erwarten die Menschen von uns, und kein Gerede über Schwerpunkte, denn die sind richtig gesetzt. Bitte unterstützen Sie auch in den Stadtteilen sehr konkret, dass dies ins Werk gesetzt wird! – Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Dr. Güldner.

(B) Abg. **Dr. Güldner** (Bündnis 90/Die Grünen)*: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn Sie mich noch vor dieser Finanz- und Wirtschaftskrise nach der Wirksamkeit von Konjunkturpaketen gefragt hätten, hätte ich Ihnen immer die Auskunft gegeben, dass ich einerseits viel Verständnis dafür habe, dass die Regierung dies tut, wir andererseits aber, wenn man sich einmal die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland anschaut, auch viele Fehlschläge und Strohfeuer erlebt haben, die mit Konjunkturpaketen erzeugt worden sind, ganz unabhängig davon, welche Partei gerade an der Regierung war und welche in der Opposition saß. Insofern gestatten Sie mir, dass ich zu Beginn der Rede auch noch einmal auf diese Skepsis hinweise, dass wir kurzfristige Strohfeuer nicht brauchen können, sondern nachhaltige, langfristige Investitionen.

(Abg. R ö w e k a m p [CDU]: Deswegen sind Sie ja auch in Berlin dagegen!)

Richtig, die Bundestagsfraktion der Grünen hat dagegen gestimmt, dazu kann ich gern noch etwas sagen, aber ich glaube, ich habe mich auch schon öfter in diesem Hause dazu geäußert, Herr Kollege Röwekamp!

Die Tiefe dieser Finanzkrise und der weltweite seit dem Zweiten Weltkrieg nicht dagewesene Wirtschaftsabschwung, glaube ich, wird uns alle davon überzeugen, dass es richtig war, zu diesem Zeitpunkt jetzt mit den beiden Konjunkturpaketen gegenzusteuern. Würden Sie als Regierung – und die Menschen, die sich ja auch Gedanken darüber machen, die vielen

Zeitungsleserinnen und Zeitungsleser – still dasitzen und zuschauen, dass nicht nur die Finanzmärkte, sondern jetzt immer mehr in der Folge auch die sogenannte Realwirtschaft – das ist ein kompliziertes Wort, heißt aber nichts anderes als die Fabriken, die Firmen, die vielen Betriebe – in diesem Land nach und nach in riesige Schwierigkeiten gerät, ohne etwas dagegen zu unternehmen? Insofern haben wir als Bremer Grüne von Anfang an, und zwar nicht nur aus der Sichtweise Bremens, das ja zugegebenermaßen einen noch größeren Finanzbedarf hat, sondern auch aus allgemein finanzpolitischen und wirtschaftspolitischen Erwägungen die Auflage dieses Konjunkturpakets begrüßt. Ich kann Sie beruhigen, Herr Kollege Röwekamp, das sieht die übergroße Mehrheit der Grünen in den Ländern, ob sie jetzt regieren oder nicht regieren, und auch in den Kommunen, ganz genau so, weil das hier die richtige Antwort auf das Problem war.

Der wichtigste Teil: Dennoch ist in diesem Paket sehr viel versteckt oder sehr viel enthalten, das wir, glaube ich, für mehr als fragwürdig halten. Der wichtigste Teil, und um den geht es ja heute hier, mit der Einbringung dieses Nachtragshaushalts, ist das Investitionspaket – qualitativ mit Sicherheit der wichtigste Teil, quantitativ mit etwa 20 Prozent nicht besonders üppig ausgefallen, aber ich finde, nicht nur mit dem Spruch „Einem geschenkten Gaul schaut man nicht ins Maul“ sollten wir uns in Bremen auch zurückhalten, den Bund und andere immer wieder damit vorzuführen, dass er uns nicht genug Geld obendrauf gibt für das, was wir tun müssen. Ich finde, die 88 Millionen Euro können wir hier in Bremen sehr gut gebrauchen.

Die Schwerpunktsetzung, das hatten auch meine Vorredner und Vorrednerinnen gesagt, ist unseres Erachtens mit einem übergroßen Zweidrittelanteil für die Bildungseinrichtungen von der Betreuung der unter Dreijährigen bis zu den Hochschulen und bis zum lebenslangen Lernen richtig gewählt. Nun gibt es dort manchmal den Vorwurf – den einen oder anderen Grünen habe ich dabei auch ertappt, dass er diesen Vorwurf ausgesprochen hat, aber er kommt vor allen Dingen auch von der LINKEN –, dass es ja nur, in Anführungszeichen, Investitionen in die Gebäude seien. Ja, das muss natürlich in diesem Programm auch ganz genauso sein, alles andere macht ja gar keinen Sinn! Diese rot-grüne Koalition stellt 1050 Lehrerinnen und Lehrer in dieser Legislaturperiode ein. Wir hätten mit zusätzlichem Geld für Lehrereinstellungen gar nichts anfangen können, weil wir ein so großes Lehrereinstellungsprogramm haben und schauen müssen, dass wir die überhaupt auf dem Markt bekommen, noch mehr Geld dafür, und gleichzeitig verrotten uns die Schulen, und es regnet heinein, das hätte überhaupt gar keinen Sinn gemacht, sehr geehrte Damen und Herren von der LINKEN, dieses Argument ist schlichtweg vollkommen unsinnig, wenn Sie gestatten.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und
bei der SPD)

*) Vom Redner nicht überprüft.

- (A) Das Gleiche gilt für die Erzieherinnen. Auch hier gibt es ja große Ausbauprogramme, und in den Kindertagesstätten, gerade auch bei der Betreuung der unter Dreijährigen, bedeutet dies ja nicht nur, was ein sehr wichtiger Punkt ist, Erhalt der bestehenden Infrastruktur, sondern teilweise auch Ausweitung derselben. Was sind die kombinierten Vorteile dieses Programms, das der Senat hier eingebracht hat? Vielleicht, wenn man von der momentanen Bedeutung ausgeht, von der kurzfristigen Bedeutung, dass Arbeit geschaffen wird. Fragen Sie einmal mit Ihrer Kritik die Handwerker, die vielen Betriebe in Bremen, die letztendlich Arbeit und Ausbildungsplätze schaffen, wenn man immer wieder liest, wie unsere Strukturen mit den Arbeitsplätzen zusammenhängen. Es ist Belebung der Wirtschaft, es ist ein Erhalt der Gebäudesubstanz, das ist etwas, das wir viele Jahre in Bremen auch etwas nachlässig behandelt haben, das aber ganz wichtig ist, weil die Kosten in Zukunft immer größer werden, dann die abgängigen Gebäude entweder neu zu bauen oder komplett zu sanieren. Wenn man es aber langfristig betrachtet, ist es mit Sicherheit mehr als ein gewünschter Nebeneffekt, sondern für die Zukunft unseres Planeten ein ganz wichtiger Effekt, dass wir dadurch den CO₂-Ausstoß mindern, dass wir unsere Energiebilanz verbessern und dass wir etwas für den Klimaschutz tun. Arbeit und Klima, soziale Aspekte und Ökologie sind eben, und das zeigt auch dieses Programm, keine Gegensätze, sondern gehen nur zusammen, und dieser Senat hat das hervorragend umgesetzt,

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

mit noch einem kleinen Nebeneffekt, nämlich, dass durch niedrigere Energierechnungen die Einrichtungen in Zukunft auch Mittel sparen und dadurch Mittel frei werden, um eben im pädagogischen Bereich und in anderen Bereichen wieder auch nach vorn gehen zu können. Allein, wenn Sie einmal den Sportsenator oder die Sportpolitiker hier im Hause fragen und einmal schauen, was Sportvereine mit nicht energetisch sanierten Sporthallen für Energierechnungen pro Jahr haben, wenn Sie einmal die Jahre 2007 und vor allen Dingen 2008 nehmen mit den hohen Energiepreisen, dann sind das hohe fünfstelligen Summen, manchmal ist es sogar noch mehr, die in diesem Bereich investiert werden. Diese Vereine können die Mittel dann für den Sportbetrieb einsetzen, also auch hier mehrere Effekte, und ich finde es ganz hervorragend, dies in einem Paket zusammen tun zu können.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Es ist viel über die einzelnen Maßnahmen gesagt worden. Ich will es an dieser Stelle gar nicht mehr vertiefen. Ein Wort noch zu Bremerhaven: Ich finde, Bürgermeister Jens Böhrnsen hat es treffend ausge-

drückt. Er hat die Formulierung gewählt: „Bremerhaven ist über die Maßen fair behandelt worden.“ Schöner kann man es, finde ich, wirklich nicht ausdrücken. Fair und sogar noch ein bisschen mehr, weil wir natürlich genau wissen, dass in Bremerhaven die sozialen Probleme, die Probleme am Arbeitsmarkt sehr groß sind. Dieser Schwerpunkt ist gut gewählt, weil ein Kind in Bremerhaven in einer Schule oder in einer Kindertagesstätte, in die es hineinregnet, nicht weniger wert sein darf als in Bremen.

Im Übrigen, das hat bisher noch niemand gesagt, ist Bremerhaven auch die einzige Kommune bundesweit, die von einem Bundesland nicht mit einem Eigenanteil bei diesen Investitionen belegt worden ist. Auch das ist eine richtige Maßnahme an diesem Punkt, weil sonst bei der Finanzsituation Bremerhavens viele Dinge dann nicht hätten zustande kommen können, wenn man es auf diese Weise gemacht hätte. Der Senat hat entschieden, in Bremerhaven gibt es keinen Eigenanteil, sondern das Land übernimmt die Kosten. Das war an dieser Stelle ausdrücklich richtig, um in Bremerhaven bei dem großen Nachholbedarf weiter voranzukommen, meine Damen und Herren.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Wenn Sie aber einmal schauen, neben den vielen kleinen Dingen, die in diesem Programm passiert sind, die man alle nachlesen kann, glaube ich, dass es wichtig ist zu sagen, dass sich die grundlegende Philosophie seit den Zeiten der Großen Koalition geändert hat. Die hatte sich auch schon am Ende der Großen Koalition geändert, weil damals ja schon in der SPD-Fraktion ein sehr nachhaltiges Umdenken begann, angeregt durch den Fraktionsvorsitzenden Dr. Sieling und den Präsidenten des Senats, Jens Böhrnsen. Das Entscheidende an diesem Umdenken ist, dass sie nicht Politikerdenkmäler, und zwar eines nach dem anderen, in diese Stadt auf Pump stellen können, und die Infrastruktur verrottet ihnen sozusagen – entschuldigen Sie bitte den Ausdruck – unter dem Hintern weg, sondern Sie müssen in dieser finanziellen Situation auf diese Politikerdenkmäler verzichten und auf eine grundsätzliche Sanierung des Bestehenden und einen Ausbau der bestehenden sozialen arbeitsplatzschaffenden Einrichtungen in diesem Bundesland setzen.

Problemlösungen vor Aufstellung von Politikerdenkmälern, davon ist die Haushaltspolitik dieser Koalition von Anfang an gekennzeichnet, ich glaube, die Finanzsenatorin hat es heute auch noch einmal betont. Es nützt überhaupt nichts, wenn Sie ständig ein sogenanntes Projekthopping machen, das heißt, Sie springen von einem neuen Thema zum anderen, und in Wirklichkeit gab es immer unheimlich viele Probleme in den Haushalten, die einfach beiseite beziehungsweise nach vorn in die Zukunft auf die Schultern unserer Kinder geschoben wurden. Damit ist

(C)

(D)

(A) Schluss! Die Probleme werden zuerst gelöst, und dann kommen die möglicherweise wünschbaren Dinge, die man noch oben darauf setzen kann.

Sie haben doch gesehen, wohin diese Philosophie geführt hat. Ich glaube, man muss es einfach einmal auf den Punkt bringen. Es ist überhaupt keinem Kind in einer Schule, es ist keinem Sportler in einer Sporthalle zu vermitteln, dass es in seine Halle, in seine Schule oder in seinen Kindergarten hineinregnet, während ein Senat in eine Pferderennbahn oder in eine Trainingsrennbahn investiert. Wenn Sie dahin wieder zurück wollen, Herr Röwekamp, dann sagen Sie das hier auch deutlich! Wir nicht!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der SPD und bei der LINKEN)

(B) Es geht also um die Revitalisierung unserer Einrichtungen, in die die Menschen in Bremen und Bremerhaven jeden Tag gehen, von den kleinen Kindern bis zu den Menschen, die arbeiten, bis zu den Menschen, die im Forschungsbereich, im Weiterbildungsbereich diese Einrichtungen jeden Tag nutzen. Es kann sein – ich bin mir nicht ganz sicher, am Ende des Tages bin ich mir sehr sicher, aber kurzfristig bin ich mir nicht sicher –, dass manche Leute das vielleicht als nicht sexy empfinden, wenn man es so macht. Vielleicht ist das auch das Problem, was Sie angesprochen haben. Ehrlich gesagt, mir ist das vollkommen gleichgültig. Mir ist wichtig, dass das Geld, wie jetzt in diesem Programm, dort bei den Menschen ankommt, und wenn es langweilig ist, einen Kindergarten zu sanieren, dann stehe ich hier und sage Ihnen: Jawohl! Diese langweilige Maßnahme möchte ich gern machen, und ich verzichte gern auf jeden Senator, der vielleicht noch ein neues Band für irgendeine ganz besonders tolle Idee durchschneidet, die irgendjemand gehabt hat. Daher machen Sie es ruhig so weiter, dass Sie dies als etwas denunzieren, was Ihrer Meinung nach vielleicht nicht genug Sex-appeal hat. Wir werden diesen Kurs auf jeden Fall fortsetzen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Das sind dann natürlich mehr, das gebe ich zu, grundlegende Tagesthemen als DSDS, wenn Sie so wollen, aber das ist ja von Anfang an auch das Programm dieses –.

(Abg. Dr. Kuhn [Bündnis 90/Die Grünen]: Ich will Kanzler werden, heißt das Spiel!)

Ja, auch dazu gibt es eine neue Sendung, ich bin einmal gespannt, wer daraus als Sieger hervorgeht und

ob wir denjenigen noch als Kanzler später einmal erleben werden.

(C)

(Abg. Woltemath [FDP]: Und was ist mit der Kanzlerin?)

Die Kritik an diesem Programm kommt auch aus einer Ecke, und das habe ich vorhin bei Herrn Röwekamp gehört, ich habe es aber auch bei der LINKEN schon gehört, die sagt, es hätten in diesem Verfahren die Beiräte, die Menschen vor Ort in den Stadtteilen mehr einbezogen werden müssen. Das ist im Prinzip immer richtig, in dem konkreten Fall aber völlig falsch. Woher, glauben Sie, kommen die Projekte, die jetzt auf diesen Listen stehen, die vielen Hundert Maßnahmen, eigentlich? Hat dort irgendjemand im Finanzressort gesessen und sich die ganze Nacht überlegt, was er sich ausdenken kann? Das sind doch Listen, die aus den Stadtteilen kommen! Das sind doch vorrangliche Projekte, die in Beiräten, in Sanierungsbeiräten, mit Quartiersmanagern, mit ganz vielen Einrichtungen vor Ort abgesprochen sind. Deswegen sind sie auf die Liste gekommen, und bisher konnten wir sie nicht in dem schnellen Maße umsetzen und verwirklichen, wie wir das hätten tun wollen. Jetzt können wir es mit dem Geld des Bundes tun.

Dann zu sagen, wir hätten noch einmal eine Runde in den Beiräten einlegen sollen, wobei natürlich klar ist, dass die Geschwindigkeit dieses Programms das überhaupt nicht erlaubt hätte, es aber auch angesichts dessen, dass die Beiräte doch seit Jahren und nicht erst seit vier Wochen ganz massiv an der Erstellung dieser Prioritätenlisten teilgenommen haben, ist meines Erachtens eine überflüssige und unnötige Forderung, die überhaupt nicht geeignet ist, dieses Programm und diesen Nachtragshaushalt in irgendeiner Weise zu beschädigen, meine Damen und Herren.

(D)

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Es geht immer solch ein Raunen durch das Haus zum Thema Schwimmbad in Blumenthal, man kann darüber denken, was man will, aber dass es nicht möglich gewesen ist, in diesem Programm ganz von unten, vor Ort, im Stadtteil Projekte auch ganz nach oben auf diese Liste durchzusetzen, dafür ist es in der Tat kein gutes Beispiel. Mit dem Hallenbad am Osterdeich ist es ähnlich gewesen, wo sich das Ortsamt und der Beirat sehr intensiv noch einmal dahintergeklemt haben. In vielen anderen Stadtteilen ist es ganz genauso gewesen, dass die Schulen, dass die Kindertagesstätten dort einen ganz wichtigen Rahmen abgegeben haben.

Lassen Sie mich abschließend noch einmal sagen, ich danke der Finanzsenatorin und ihrem Team sehr, weil Sie sehr schnell, sehr gut und in, wie ich finde, hervorragender Zusammenarbeit mit den Fachsenatoren

(A) torinnen und -senatoren und den Fachbehörden gearbeitet haben. Der Vorwurf der mangelnden Transparenz richtet sich, finde ich, von selbst. So schnell auf eine Homepage komplette Listen und Informationen einzustellen, hat man in dieser Stadt auch noch nicht gesehen, wo jede und jeder alles ganz schnell nachlesen konnte. Es ist ein ausgleichendes und wohl abgewogenes Programm. Der Mittelabfluss ist sichergestellt, das ist ja für die Bundesregierung auch ganz wichtig, zu Recht, und es gibt ein Controllingssystem, was sehr schnell außerhalb der üblichen Verfahren installiert worden ist, welches schaut, dass die Mittel nicht irgendwo versickern, sondern dass sie ganz gezielt für die Dinge, die jetzt benannt worden sind, eingesetzt werden.

Lassen Sie mich, sehr verehrter Herr Kollege Röwekamp, noch ein Wort zu dem sagen, was Sie äußerten, dass nun keine Haushaltsklarheit und -wahrheit mehr herrscht. Was kann man mehr tun, als alle Finanzierungsstränge und alle Dinge, die in diesem Haushalt von A nach B transferiert werden, um die Projekte möglich zu machen, für die Menschen so offen zu benennen? Sie können sie alle in Ihren Vorlagen nachlesen, Sie können sie beurteilen, Sie haben den kompletten Einblick darin, welches Geld woher kommt, wohin es geht, wer es zurückzahlen muss, wer es verwendet. Das hätten Sie alles nachlesen können. Der Vorwurf der mangelnden Transparenz, der Vorwurf der Haushaltstricks ist vollkommen daneben! Diese Regierung hat sich vorgenommen, all die Dinge, die sie tut, konkret aufzuschreiben, nachvollziehbar zu machen. In den Fraktionen haben wir sie nachvollzogen, Sie hätten das auch tun können. Wenn Sie es nicht getan haben, dann haben Sie einfach etwas versäumt, aber hier einen Vorwurf zu machen, dass die Senatorin nun nach Ihrer Oppositionszeit hier Dinge verschleierte! Sie haben kein einziges Beispiel gebracht, wo sie das getan hat.

(B)

(Abg. R ö w e k a m p [CDU]: Doch!)

Ja, Sie haben Beispiele gebracht, diese waren aber komplett falsch und taugen überhaupt nicht für diesen Vorwurf. Insofern wird das dann nicht besser und nicht wahrer. Sie haben es drei-, viermal wiederholt, aber alle diese Projekte konnten eindeutig nachvollzogen werden.

Ein allerletzter Satz, wenn Sie gestatten, Herr Präsident: Angesichts der Fülle von Maßnahmen, die in Bremerhaven und Bremen in dem Bereich der wirtschaftlichen Entwicklung stattfinden, immer wieder hier herauszugehen und notorisch zu wiederholen, der Wirtschaftssenator – das ist ja auch alles sehr durchsichtig, jeder hat es gemerkt, der draußen zuhört oder der hier zuhört – ginge leer aus, obwohl, wenn er die Vorlagen nachliest, dies auf dem Papier gar nicht wiederzufinden ist, ist ein, wie ich finde, etwas plumper Versuch, hier in diesen Senat, der sehr gut zusammenarbeitet, der sehr kollegial und solidarisch die Probleme in Bremen löst, einen Keil hineinzutreiben.

Ich glaube, es ist vollkommen klar, dass diese Strategie gescheitert ist. Wir werden den Senat auf diesem Kurs weiter unterstützen und tun dies sehr gern! – Vielen Dank!

(C)

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Rupp.

Abg. **Rupp** (DIE LINKE)*): Herr Präsident, verehrte Damen und Herren, Kolleginnen und Kollegen! Ich will zwei, drei Dinge sagen: Erstens noch einmal grundsätzlich auf das eingehen, was vorher gesagt worden ist und darauf, wie wir die Situation sehen. Aber vor allen Dingen werde ich im zweiten Teil eine Reihe von Änderungsanträgen zu diesem Haushaltsentwurf vorstellen, die ja jetzt in der Kürze der Zeit leider nicht umfangreicher diskutiert werden können. Deswegen tue ich es einfach hier, um dazu einen Einstieg zu machen.

Fangen wir mit dem Ersten an: Wir haben eine schwere Wirtschafts- und Finanzkrise, und was dabei herauskommt, ihr Verlauf ist weitgehend offen. Unglücklicherweise ist es so, dass auch Experten sich immer weiter nach unten korrigieren. Ich habe mit verschiedenen Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern gesprochen, sie rechnen im Laufe dieses Jahres mit Massenentlassungen. Ich will hoffen, dass es nicht eintritt, aber es sind durchaus Leute, deren Meinung und deren Einschätzungsfähigkeit ich sehr ernst nehme. Deswegen ist es natürlich richtig, wenn ein Staat in einer solchen Situation ein Konjunkturprogramm auflegt, auch wenn es kreditfinanziert ist. Dieses gibt die Chance, die Folgen der Krise zu dämpfen, es gibt natürlich auch die Chance, gegebenenfalls in eine andere Situation umzusteuern, denn das Ziel kann ja nicht sein, eine Situation zu haben, wie sie vorher war. Wenn sie so ist wie vorher, sind wir vor der nächsten Krise. Es gibt aber auch die Chance, eine Umverteilung rückgängig zu machen, das heißt, wenn wir das jetzt kreditfinanzieren, dann haben wir in der Zukunft eine Chance, über eine andere Steuerpolitik diesen Umverteilungsprozess von unten nach oben, der zu dieser Krise geführt hat, zu korrigieren.

(D)

(Abg. D r . K u h n [Bündnis 90/Die Grünen]: Nur durch Schulden!)

Bremen ist jetzt auf diese Weise zu 117 Millionen Euro gekommen, von denen es 29 Millionen Euro selbst finanzieren muss, das ist gut. Ich sage gleich einmal vorweg, diese 117 Millionen Euro in Bremen sinnvoll einzusetzen, also so einzusetzen, dass jeder Euro Sinn macht, ist angesichts der Tatsache, dass es offensichtlich in weiten Bereichen einen riesigen Investitionsstau gegeben hat, überhaupt nicht schwer.

*) Vom Redner nicht überprüft.

(A) Deswegen ist man in der unangenehmen Situation, wenn man dieses Programm kritisieren will, dass man unter Umständen dem einen Bedürftigen etwas wegnehmen muss, um es jemandem, der auch bedürftig ist, zu geben. Das ist eine ausgesprochen schwierige Situation, aber ich will Ihnen auch erklären, dass wir uns einer solchen Situation stellen und uns damit beschäftigt haben, denn neben einer Finanz- und Wirtschaftskrise beweist der Entwurf für die Kurzfassung über die Lebenslagen in Bremen, dass wir uns vielleicht nicht nur in einer so dramatischen Weise durch den DAX-Index gekennzeichneten Krise befinden, sondern in einer intensiven sozialen Krise dieses Landes!

Wer das ernst nimmt, wer das sieht, und wer zu diesem Bericht einmal auch nur die Kurzfassung gelesen hat, weiß, dass wir dort einen ähnlichen Handlungsbedarf haben wie in der Wirtschafts- und Finanzkrise. Wenn wir nicht auch dort anfangen – möglicherweise oder mit Sicherheit kreditfinanziert –, eine bestimmte Form von, ich sage einmal, sozialem Konjunkturprogramm aufzulegen, dann werden wir in der Zukunft Folgekosten und Probleme bekommen, die weit über das hinausgehen, was wir jetzt möglicherweise finanzieren müssen.

(Beifall bei der LINKEN)

(B) Deswegen geht es darum, einerseits dieses Konjunkturprogramm noch einmal zu kritisieren, es geht aber auch darum, den Blick dafür zu öffnen, dass wir eigentlich eine weitere Aufgabe haben, dass wir über das, was möglicherweise jetzt schon beschlossen worden ist, hinausgehen, schauen, ob wir nicht weiteres Geld in den sozialen Bereich dieser Stadt hineintun müssen, um das, was diese Kurzfassung über Lebenslagen aufzeigt, zu ändern. Ich will mit Erlaubnis des Präsidenten aus diesem Bericht zitieren: „In der Stadt Bremen werden 13 Ortsteile, deren Bewohnerinnen und Bewohner überwiegend im privilegierten und gesicherten Wohlstand (15 Prozent der Einwohner), 28 Ortsteile mit gesichertem und bescheidenem Wohlstand (23 Prozent), 21 Ortsteile mit bescheidenem und gefährdetem Wohlstand (27 Prozent) und 16 Ortsteile mit gefährdetem und prekärem Wohlstand (25 Prozent) leben, beschrieben.“

Das heißt, ungefähr die Hälfte der Menschen in Bremen lebt in Stadtteilen, wo höchstens ein bescheidener, wahrscheinlich ein gefährdeter und in vielen Fällen ein prekärer Wohlstand herrscht. Es geht weiter: „Für viele dieser Einwohner der gefährdeten Ortsteile besteht ein Armutsrisiko oder sogar verfestigte Armut.“ Das ist eine Quintessenz aus 24 Seiten, die, sehr eng beschrieben, deutlich machen, in welcher sozialen Situation Bremen ist, und jede Form von sozialem Investitionsprogramm begründen.

(Beifall bei der LINKEN – Abg. D r . K u h n [Bündnis 90/Die Grünen]: Wohin soll das denn führen?)

Das habe ich ja jedes Mal versucht zu erklären.

(C)

(Abg. D r . K u h n [Bündnis 90/Die Grünen]: Ich habe es immer noch nicht verstanden!)

Ich sage immer noch: Kredite, die wir jetzt zum Ausgleich von sozialen Schulden aufnehmen, werden sich über die Zeit rechnen, denn wenn wir das jetzt nicht machen, wenn wir nicht in der Lage sind, auf diese soziale Krise dieser Stadt auch mit Geld zu reagieren, werden sich Folgekosten generieren, die über das hinausgehen, was wir hier an Zins und Zinseszins bezahlen, ganz davon abgesehen, dass wir eine andere Gesellschaft haben. Ich befürchte, im Rahmen dieser Legislaturperiode begreifen Sie das nicht mehr!

(Beifall bei der LINKEN)

Wir sagen, um die zwei Punkte noch einmal aufzugreifen, zur Frage der Transparenz: In meiner Wahrnehmung sind sozusagen die Projekte aus der Schublade geholt worden, und ich bin sicher, dort gab es eine Menge, weil es ja einen großen Investitionsstau gab, und dann wurden sie sozusagen in Listen gepackt und sollen jetzt durch die Bürgerschaft beziehungsweise durch die Deputation geprügel werden.

Es hätte gut angestanden – und die Zeit wäre da gewesen –, dort einen Partizipationsprozess zu organisieren, denn ich bin vollständig sicher, wir haben eine Anhörung zu diesem Thema gemacht, und was dabei im Detail an Tatsachen auf den Tisch gekommen ist, war durchaus interessant: Dort sagte jemand, bei uns wird jetzt eine Sporthalle saniert, sie wird energetisch saniert, wir haben es dann warm. Im Wesentlichen hat es der Schimmel warm, weil die Duschen und alle anderen Dinge aussehen wie Sau, auf Deutsch gesagt. Da macht eine energetische Sanierung nur Sinn, wenn eine andere Sanierung dazu kommt. Ich bin vollständig sicher, ein Beteiligungsprozess, in dem Beiräte, in dem Stadtteile intensiver beteiligt worden wären, hätte die Mittel, die wir jetzt ausgeben, besser ausgegeben und hätte die Wirkung intensiviert. Deswegen, glaube ich, ist es berechtigt, mangelnde Transparenz und mangelnde Partizipation vorzuwerfen.

(D)

(Beifall bei der LINKEN)

Wenn man davon ausgeht, dass es dieses soziale Ungleichgewicht in den Stadtteilen gibt, liegt bei mir immer der Schluss nahe, dann muss sich diese Form von sozialem Ungleichgewicht auch ein Stück weit in den Investitionen spiegeln. Auch bei dieser Form von Projektfindung, von Schwerpunktfindung hätte eine Beteiligung möglicherweise gut getan. Ein Besucher unserer Veranstaltung hat es auf den Punkt gebracht: Der Senat ist in der Lage, eine stadtweite

- (A) Debatte um den Standort der Bremer Stadtmusikanten zu initiieren,

(Abg. D r . G ü l d n e r [Bündnis 90/Die Grünen]: Der Senat?)

aber er ist nicht in der Lage, eine Debatte um die Ausgabe von 170 Millionen Euro zu initiieren!

(Beifall bei der LINKEN – Abg. D r . G ü l d n e r [Bündnis 90/Die Grünen]: Wieso behaupten Sie, dass der „Weser-Kurier“ dem Senat gehört?)

Das ist eine andere Debatte, wer dort jetzt wem gehört.

Ich hatte ja gesagt, ich will im zweiten Teil zu einigen Vorschlägen kommen. Wir haben Vorschläge für Änderungen in drei Bereichen innerhalb der Projektliste, obwohl das schwer ist und obwohl es die Geschwindigkeit, mit der es durchgezogen wird, problematisch macht. Wir sagen, es gibt sonstige Infrastrukturmaßnahmen, „Soziale Stadt“, und es gibt Infrastrukturmaßnahmen im Bereich Bildung in „Soziale Stadt“. Diese beiden Punkte wollen wir ausweiten, wir wollen drei Millionen Euro mehr für sofortige Infrastrukturmaßnahmen in „Soziale Stadt“, das heißt Außenanlagengestaltung von Kitas, Schulen, Freizeitheimen, Schimmelsanierung, Ausbau von Quartierszentren. Wir haben eine sehr konkrete Liste von Projekten, die man damit finanzieren könnte, und wir sagen ganz deutlich, wenn es so ist, dass wir dann noch ein bisschen länger auf ein neues Polizeiboot warten müssen, dann ist das so. Wir halten die Investition in diese Bereiche für dringender als die Investition in ein Polizeiboot!

(B)

(Beifall bei der LINKEN – Abg. D r . K u h n [Bündnis 90/Die Grünen]: Weil Polizei vorn darauf steht oder warum? – Abg. D r . G ü l d n e r [Bündnis 90/Die Grünen]: Lesen Sie einmal die Liste von Berlin! Was da alles darauf steht!)

Weil ich relativ sicher bin, dass im Haushalt von Inneres genug Geld vorhanden ist, um auch diese drei Millionen Euro noch herauszuholen, sie sind natürlich in der Vergangenheit sehr gut dabei weggekommen. Bei der Frage von Prioritäten habe ich gesagt, was ich davon halte. Auch ich bin der Meinung, man kann auf diesen botanika-Umbau verzichten und die 1,5 Millionen Euro zusätzlich im Bereich Bildung und „Soziale Stadt“ einsetzen.

Zweitens: Es gibt Projekte, man muss ein bisschen über das Konjunkturprogramm I beziehungsweise über die hier veranschlagten Gelder hinaus denken. Das Konjunkturprogramm II hat eine Reihe von Möglichkeiten aufgezeigt, noch Mittel aus der Beschäftigungspolitik zu akquirieren. Es stehen 400 Millio-

nen Euro zusätzlich vom Bund und 250 Millionen Euro von der Bundesanstalt für Arbeit für eine Initiative „Qualifizieren statt Entlassen“ bereit. Ich bitte zu prüfen, und wir werden das beantragen, inwieweit Bremen durch Zurverfügungstellung entsprechender Mittel Geld aus diesem Programm bekommen kann. Der bremische Anteil wäre ungefähr 5,2 Millionen Euro. Mit einer Kofinanzierung von ungefähr 1,7 Millionen Euro könnten wir 300 bis 500 zusätzliche Stellen schaffen.

(C)

(Beifall bei der LINKEN)

Es gibt Mittel des ESF, aufgestockt für die Förderung von Qualifizierungen während Kurzarbeit und Beratung von Unternehmen zur Beschäftigungssicherung. Auch das sind Bundesmittel, die wir möglicherweise kofinanzieren können, aber es gibt uns möglicherweise eine Chance, etwas zu tun, nämlich eine Initiative für eine Diversifizierung und Konversion in Industrie und Dienstleistung zu gründen. Wir werden in eine Situation kommen, insbesondere wenn es Massenentlassungen gibt, in der vergleichsweise viele hochqualifizierte Arbeitskräfte spontan auf dem Markt zur Verfügung stehen. Unser Vorschlag ist, dass wir zumindest mit einigen wenigen von ihnen überlegen, in welcher Frage man eigentlich Bremens Industrie verändern kann. Gibt es neue Produktkataloge, gibt es Ideen für eine nicht nur rüstungstechnische, sondern offene Konversion mit der Orientierung auch auf Automobilindustrie und anderes? Gibt es eigentlich Alternativen? Das wäre eine Chance, und ich finde, man soll diese Chance nutzen!

(D)

(Beifall bei der LINKEN)

Wir werden beantragen, die Armutsfestigkeit in öffentlichen Beschäftigungsprogrammen zu gewährleisten. Wir werden beantragen, dass es ein Landesprogramm für sozialen Zusammenhalt und sozial-ökologische Umlagen geben wird, also ein Programm für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und für die Schaffung zeitlich befristeter Stellen, um in sozialen Brennpunkten zu wirken.

Wir werden trotz der Tatsache, dass jetzt gesagt wird, es gibt schon 1000 neue Lehrer, einen Antrag stellen, dass wir die Doppelbesetzung an verschiedenen Schulen realisieren, erst einmal 25 Prozent, also Personalverstärkungsmittel in die Schulen zu bringen. Wir werden beantragen, die vorgesehenen Personalmittel für die U-3-Betreuung, die ja ohnehin ab dem Jahr 2010 kommen soll, was auch richtig ist, möglicherweise schon in das Jahr 2009 vorzuziehen. Wir werden beantragen, die Erhöhung der Mittel, die wir für das Anpassungskonzept Jugendarbeit im Jahr 2010 vorgesehen haben, auch auf dieses Jahr vorzuziehen. Wir werden beantragen, dass Tagespflegepersonal nicht nur 1,50 Euro pro Kind und Stunde bekommt, sondern 2,50 Euro, und wir wer-

(A) den beantragen, dass es in den Kindertagesstätten so etwas wie ein pädagogisches Frühstück geben wird.

Ich komme zum Schluss! Das, was wir vorschlagen, sind ungefähr 30 Millionen Euro Landesmittel mehr. Diese korrespondieren unseres Erachtens sehr deutlich mit den Mitteln des Konjunkturprogramms II, und sie werden helfen, diese Krise im Land zu bekämpfen, vor allen Dingen auch die soziale Krise, ganz davon abgesehen, dass es wirtschaftliche Auswirkungen hat. Wenn Sie dafür Begründungen brauchen, im Einzelnen empfehle ich Ihnen noch einmal ganz deutlich den Bericht zu den Lebenslagen, darin wird jeder einzelne Antrag, den wir stellen werden, hervorragend begründet, besser als wir das tun können. Ich weiß, dass es kreditfinanziert ist, ich weiß, dass wir die Aufgabe haben, uns dieses Geld von Leuten zu holen, die es sich in der Vergangenheit angeeignet haben.

(Abg. D r . B u h l e r t [FDP]: Was ist das für ein Ausdruck!)

Sie werden es irgendwann akzeptieren müssen, dass Reichtum ein ökonomisches Problem ist und dass wir da auch anders vorgehen müssen! Das werden Sie irgendwann akzeptieren müssen, oder Sie werden grundsätzlich mit Ihren gesellschaftspolitischen Ansichten scheitern.

(B) (Beifall bei der LINKEN)

Ich sage Ihnen, ich mache in Bremen lieber Schulden, auch öffentliche Schulden, damit in Bremen kein Kind hungrig zur Schule oder in die Kita gehen muss,

(Abg. D r . G ü l d n e r [Bündnis 90/Die Grünen]: Die Zinsen für die Schulden führen dazu, dass es hungrig zur Schule geht!)

im Zweifel opfere ich dafür ein Polizeiboot! – Danke für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der LINKEN)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Woltemath.

Abg. **Woltemath** (FDP): Herr Präsident, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, wir könnten jetzt lange über die gesellschaftspolitische Konzeption streiten, aber ich möchte gern zu dem zurück, was uns vorliegt. Ich möchte noch einmal darauf hinweisen, und das ist schon öfter gesagt worden, die Finanzmarktkrise verunsichert die Menschen zutiefst, das spürt man jeden Tag. Darauf muss Politik reagieren, wenn Politik ernst genommen werden will.

(Beifall bei der FDP)

Es ist gesellschaftlich wichtig, für Stabilisierung zu sorgen, auch für Beschäftigung zu sorgen und auch Beschäftigung zu schaffen. Deshalb, und das betone ich ausdrücklich, begrüßen wir grundsätzlich die Investitionen, die durch das Konjunkturprogramm in Bremen und Bremerhaven geschaffen werden sollen.

(Beifall bei der FDP)

Gegen ein Feuerlösch- und Polizeiboot kann man genauso wenig etwas sagen wie gegen eine Schulgebäudesanierung, denn es kann ja nicht sein, dass es in dieses Schulgebäude hineinregnet und die Schülerinnen und Schüler in ein marodes Gebäude gehen sollen. Das gilt genauso für andere Bereiche, für Kindergärten und für Schulturnhallen.

(Beifall bei der FDP)

Bei Bädern und Sportanlagen ist es ganz ähnlich, und deshalb begrüßen wir dies. Wir müssen allerdings auch, wenn man diese Debatte führt, das ist heute aber zu weit gegriffen, natürlich fragen, wer für diesen Sanierungsstau über diese vielen Jahre denn überhaupt verantwortlich ist. Wer hat diesen Sanierungsstau überhaupt herbeigeführt?

(Beifall bei der FDP)

Wir werden uns aber, und das sage ich hier auch gleich am Anfang noch einmal deutlich, bei der Abstimmung nachher enthalten. Wir werden dem Nachtragshaushalt und den einzelnen Punkten nicht zustimmen, weil wir es für intransparent und unausgewogen halten, wie dieses Programm zustande gekommen ist. Wobei sich das Wort „intransparent“ bei uns auf einen anderen Aspekt bezieht. Intransparenz bedeutet für uns, es ist für uns völlig unklar, wie die einzelnen Programmpunkte in dieses Programm gekommen sind. Wer hat sie aufgestellt, woher sind sie gekommen, wer unterstützt sie, wer ist dafür verantwortlich?

(Beifall bei der FDP)

Wir haben das ja in den Debatten der vergangenen Tage und Wochen erlebt, in den Deputationen und Ausschüssen, es ist immer wieder danach gefragt worden, ob es eine Liste gibt. Wir wissen mittlerweile, es gibt in einigen Bereichen Listen, in anderen Bereichen gibt es keine, und in dritten gibt es so etwas Ähnliches wie Listen. Wir wissen aber auch, dass es Anmeldungen von insgesamt einer Milliarde Euro gegeben haben soll, davon haben wir jetzt 120 Millionen Euro im Programm. Deshalb wissen wir genau, es gibt einen ganz breiten Bereich, der nicht berücksichtigt werden konnte. Wer hat wo entschieden und warum? Das müsste deutlicher gesagt werden, dann könnten wir uns diesem Programm auch deutlicher nähern.

(Beifall bei der FDP)

(C)

(D)

(A) Es ist klar, das hat die Finanzsenatorin gesagt, dieses Programm ist in Windeseile aufgestellt worden. Das merkt man an einigen Ecken und Enden auch deutlich, aber deshalb wäre es umso wichtiger gewesen, in diesen Bereichen deutlich darzustellen, warum man sich dafür entschieden hat und warum man sich beispielsweise gegen etwas anderes entschieden hat. Dies wird für uns ganz deutlich bei der Frage botanika, dort hätten wir lieber gesehen, dass botanika nicht in diesem Programm ist, sondern dass dieses Geld in den Bereich Bildung fließt, deshalb auch unser Petikum. Wir werden uns enthalten.

(Beifall bei der FDP)

Ich möchte noch einmal den Aspekt aufgreifen, dass natürlich Konjunkturprogramme in der Vergangenheit öfter als einmal verpufft sind, dass sie auch Strohfeuer waren und dass man sich auch danach fragen muss: Wirken die gewählten Maßnahmen? Auf der anderen Seite wäre es für Bremen allerdings unklug gewesen, sich in diesem Fall zu enthalten, denn das Geld stand zur Verfügung, deshalb sollte und muss sich Bremen auch daran beteiligen. Es wäre ein falsches Signal nach außen gewesen, wenn wir das nicht getan hätten.

(Beifall bei der FDP)

(B) Wir müssen in dieser Debatte aber auch langfristig und nach vorn denken, deshalb will ich hier nicht vergessen, das noch einmal anzusprechen. Wir brauchen unbedingt Verwaltungsreform und Bürokratieabbau in Bremen! Das müssen wir gleich im nächsten Schritt angehen. Wir müssen das nachhaltig angehen, damit wir hier in diesen Bereichen auch sparen können.

(Beifall bei der FDP)

Wir begrüßen ausdrücklich, was heute angekündigt worden ist, dass es bei der Auftragsvergabe ein sehr scharfes Controllingssystem geben soll, das kann man nur unterstützen, und das werden wir machen.

(Beifall bei der FDP)

Ich fand es schade bei der Debatte heute, dass wir ja immer noch – ich hatte gehofft, dass wir es langsam einmal abgelegt hätten – in den alten Freund-Feind-Bildern denken, wir arbeiten immer noch die Große Koalition auf und die mittlerweile regierende rot-grüne Koalition ab. Ich denke, wir sollten endlich davon Abschied nehmen, denn das ist wirklich nicht das, was die Menschen wollen. Die Menschen wollen Problemlösungen und nicht das Aufbauen von Feindbildern, die man in der Debatte anschließend wieder niederschlägt.

(Beifall bei der FDP)

(C) Wir sind gespannt auf den zweiten Nachtragshaushalt, der ja durch die Tariferhöhungen erforderlich wird. Auf der anderen Seite muss ich noch einmal zu der Geschichte mit den Derivaten sagen: Ich würde diesen Bereich lieber Zinnsicherungsgeschäfte nennen, das war früher einmal so, ich finde, das hört sich solider an, weil wir ja jetzt mit Derivaten unsere Probleme haben.

(Beifall bei der FDP)

Um es abschließend zusammenzufassen, wir stimmen dem Entwurf nicht zu, weil er unausgewogen ist, weil er intransparent ist und weil er kaum nachhaltig ist, und deshalb werden wir uns enthalten. – Vielen Dank!

(Beifall bei der FDP)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Röwekamp.

Abg. **Röwekamp** (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich will nur noch zwei ganz kurze Anmerkungen auch zu dem machen, was von den Regierungsvertreterinnen und -vertretern hier gesagt worden ist. Ihre Rede, sehr geehrter Herr Dr. Güldner, erinnert mich an einen Ausspruch eines Dortmunder Abwehrspielers, der gesagt hat: „Warum muss er auch unbedingt dahin laufen, wo ich hin grätsche?“ Ich habe vieles von dem, was Sie gesagt haben, gar nicht gesagt. Ich habe den Senat überhaupt nicht für die Schwerpunktsetzung, für die Investitionen in Bildungsinfrastruktur, in Kita und frühkindliche Bildung kritisiert, im Gegenteil, ich bin froh, dass der Senat diese Vorgabe des Bundes umsetzt. Es ist ein gemeinsames Anliegen, dass 65 Prozent der Mittel dort hineinfließen.

(Beifall bei der CDU)

Aber bei der Auswahl der einzelnen Maßnahmen wird man doch noch einmal fragen dürfen, warum sich der Senat dafür entschieden hat, an dieser Schule, an diesem Kindergarten jetzt die Fenster zu streichen, oder gab es vielleicht noch eine Schule oder einen Kindergarten, die gern eine Mensa für die Mittagessenversorgung als Vorbereitung für die Ganztagschule gehabt hätten? Das ist eben der Kritikpunkt der CDU, wir können nicht erkennen, nach welchen Kriterien ausgerechnet diese Maßnahmen ausgewählt worden sind, und wir haben die Hoffnung, dass es aus der Liste noch andere Projekte gibt, die vielleicht nicht nur die Phase des Konjunkturprogramms überlebt hätten, sondern nachhaltig gewirkt hätten.

(Abg. D r . K u h n [Bündnis 90/Die Grünen]: Und das wissen Sie nicht selbst?)

Das ist der Anspruch der CDU-Bürgerschaftsfraktion. Es geht darum, beides zu kombinieren, die

- (A) Handwerker natürlich vom Konjunkturprogramm profitieren zu lassen, aber hinterher auch nachhaltige Veränderungen in den beiden Städten unseres Landes herbeizuführen.

(Abg. D r . G ü l d n e r [Bündnis 90/Die Grünen]: Deswegen werden die Fenster ja nicht gestrichen, sondern ersetzt!)

Das ist der Anspruch, den wir an ein Konjunkturprogramm haben, und den haben Sie offensichtlich nicht, weil Sie die zweite Stufe eben nicht mitgehen. Es geht nicht nur darum, kurzfristig Beschäftigung zu organisieren, sondern es geht langfristig darum, die Standortqualitäten in unserem Bundesland zu verbessern und dadurch Arbeitsplätze zu schaffen und Armut zu bekämpfen. Das ist unserer Auffassung nach der Weg, der gegangen werden muss.

(Beifall bei der CDU)

Deswegen, das will ich auch noch einmal sagen, ist es kein Teufelszeug zu sagen, wir investieren in Gewerbeflächen, Herr Dr. Sieling. Man sieht es doch in Bremerhaven. Bremerhaven hat in qualitativer Hinsicht – quantitativ gibt es da auch genügend Gewerbeflächen – einen Mangel an Gewerbeflächen, um insbesondere in einer Zukunftsbranche die Unternehmen ansiedeln zu können. Deswegen ist es richtig, dass der Senat an dieser Stelle in Bremerhaven in die qualitative Entwicklung von Gewerbeflächen investiert.

- (B) Ich wünsche mir nur, der Senat würde auch in Bremen in die qualitative Entwicklung von Gewerbeflächen investieren. Das tut er nicht, und das ist unsere Kritik am Senat.

(Beifall bei der CDU – Abg. D r . G ü l d n e r [Bündnis 90/Die Grünen]: Aber Sie haben doch gerade kritisiert, dass es nur um Bremerhaven geht!)

Wenn Sie sagen, Herr Röwekamp, wo ist Ihre Liste?, sage ich, wenn Sie mir die Liste von der einen Milliarde, die Frau Linnert hat, geben, dann kreuze ich Ihnen an, was die CDU-Bürgerschaftsfraktion daraus gemacht hätte.

(Heiterkeit bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen – Abg. D r . K u h n [Bündnis 90/Die Grünen]: So stellt es sich die Opposition vor!)

Nichts anderes haben Sie ja auch gemacht, nur bei uns, Herr Dr. Sieling und Herr Dr. Güldner, geht es nicht darum, irgendwelche Stadtteilinteressen zu befriedigen. Uns geht es darum, den Menschen –

(Abg. D r . K u h n [Bündnis 90/Die Grünen]: Oh!)

- ja, was machen Sie denn in Blumenthal? – über die kurzfristige Beschäftigung hinaus eine langfristige Perspektive am Arbeitsmarkt zu organisieren, und daran fehlt es tatsächlich in diesem Programm.

(C)

(Beifall bei der CDU)

Ich bin sehr gespannt auf die weiteren Beratungen mit Herrn Rupp im Haushalts- und Finanzausschuss. Wir haben extra schon verabredet, uns in der nächsten Woche eine Stunde früher zu treffen als sonst. Nach der Ankündigung, die Sie eben getätigt haben, Herr Rupp, bin ich mir nicht ganz sicher, ob wir nicht schon morgens um 7.00 Uhr anfangen sollten, denn das Ergebnis Ihrer Aussagen hier ist, wenn Sie sagen, wir wollen nicht nur in die Gebäude investieren, wir müssen Lehrer einstellen, wir müssen Kindergärtnerinnen einstellen. Das Ergebnis Ihrer Liste ist, dass wir am Ende vielleicht 60 Millionen aus Landesmitteln ausgeben und null Million aus Berlin bekommen, weil keines der Projekte, die Sie hier angesprochen haben, den Kriterien der Bundesregierung und des Konjunkturprogramms II entspricht. Das ist die Wahrheit.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Das ist an der Grenze der Seriosität, das ist populär, sich hier vorn hinzustellen und den Menschen das Blaue vom Himmel zu versprechen. Es hat nur mit dem, was vor uns liegt, mit der Bekämpfung von konjunkturellen Schwierigkeiten und der kurzfristigen Lösung dafür, überhaupt nichts zu tun. Das will ich nur sagen, und das können wir im Haushalts- und Finanzausschuss auch relativ schnell abhandeln.

(D)

Ich bin sehr froh, dass wir dann am Ende doch mit dem Senat ein transparentes Verfahren zur Beratung über den Nachtragshaushalt gefunden haben. Denn der ursprüngliche Ansatz der Koalition war ja, dass wir heute gar keine Bürgerschaftssitzung haben, sondern dass das, was der Senat beschließt, über den Weg der Selbstbefassung in den Haushalts- und Finanzausschuss kommen sollte und von den Fraktionen dann der Senatshaushalt eingebracht wird, ich finde das richtig.

(Abg. D r . G ü l d n e r [Bündnis 90/Die Grünen]: Das haben wir nie vorgeschlagen! Wie war denn das mit der Grätsche?)

Wir haben noch eine Woche Zeit, die Projektliste auf Kriterien zu überprüfen. Wir haben noch die Möglichkeit, in dieser Woche festzustellen, ob es nicht dringendere und nachhaltigere Lösungen für diese Mittel gibt, die wir in Bremen noch effizienter einsetzen können, als es die bisherige Vorschlagsliste des Senats auch vorsieht. Ich habe die Hoffnung, dass die rot-grüne Regierung diese Flexibilität noch hat. Deswegen machen wir Haushaltsberatungen, um zu schauen, ob es nicht noch einen besseren Weg gibt.

(A) Ich sage Ihnen, die CDU-Fraktion ist dabei, das von Ihnen vorgelegte Programm noch so zu verbessern,

(Abg. Dr. Sieling [SPD]: Da sind wir ja gespannt!)

dass es, erstens, Kriterien gibt und, zweitens, wir auch mehr Nachhaltigkeit in die Projektliste bekommen. – Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Rupp.

Abg. **Rupp** (DIE LINKE)*): Herr Präsident, verehrte Damen und Herren! Ich bin mir nicht sicher, ob alle, die mir zugehört haben, es so verstanden haben, aber ich will es gern noch einmal wiederholen, selbst wenn Sie da eine andere Meinung haben. Ich habe ja nicht gesagt, dass die Vorschläge, die wir machen, die Projektliste ersetzen sollen, sondern wir müssen notwendigerweise dieses Geld selbstverständlich so ausgeben, und wir sind selbstverständlich in einem gewissen Rahmen, den die Bundesregierung vorgesehen hat, und ich bin sehr dafür, dass wir dieses Geld nehmen und es ausgeben.

(B) Ich habe im Detail kritisiert, dass ich es mir ein Stück weit anders gewünscht hätte, und interessanterweise haben Sie mir, Herr Röwekamp, an dem Punkt völlig beigestanden. Sie haben gesagt, im Kern ist diese Investition richtig, aber man hätte im Detail prüfen müssen, ob es nicht eine andere Schwerpunktsetzung, ein anderes Projekt gegeben hätte, und da haben wir dafür geworben, dass man das möglicherweise mit einer Beirätebeteiligung und einer Stadtteilbeteiligung hätte optimieren können. Soviel dazu!

(Beifall bei der LINKEN)

Es besteht kein Grund zu der Befürchtung, dass, würden Sie oder der Haushalts- und Finanzausschuss unseren Vorschlägen folgen, wir dann kein Geld mehr aus Berlin bekämen, das bekommen wir. Ich habe nur dafür geworben, dass wir angesichts von Wirtschafts- und Finanzkrise die soziale Krise in dieser Stadt ins Auge fassen, dass wir auf der Grundlage des Berichtes von Lebenslagen darüber nachdenken, ob es nicht notwendig ist, ganz bestimmte Investitionen in diese soziale Kompetenz, in die soziale Sicherheit dieser Stadt zu tätigen. Ich habe dafür geworben, dass man dafür auch Schulden macht, und ich habe gesagt, dafür machen wir sehr konkrete Vorschläge im Rahmen des Nachtragshaushalts, weil dieser Nachtragshaushalt eben die Chance bietet, beides zu tun, sowohl ein Stück weit die Wirtschafts- und Finanzkrise zu bekämpfen, als auch noch einmal hin-

*) Vom Redner nicht überprüft.

zuschauen, ob wir nicht frühzeitiger als geplant bestimmte Dinge tun müssen, um die soziale Krise in dieser Stadt zu bekämpfen. Dafür habe ich geworben, es besteht also überhaupt kein Grund zur Befürchtung, dass wir das Geld nicht bekommen. Wenn wir allerdings, um diese Anträge zu behandeln, um 7.00 Uhr anfangen müssen, bin ich gern dazu bereit. Diese Zeit müssten wir uns nehmen. – Vielen Dank!

(Beifall bei der LINKEN)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Dr. Kuhn.

Abg. **Dr. Kuhn** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ihre Kritik an dem Verfahren, Herr Röwekamp, habe ich nicht verstanden. Wir haben natürlich darüber nachgedacht, wie wir es machen, und sind sehr schnell einvernehmlich zu der Lösung gekommen, die wir heute praktizieren. Ich weiß nicht, warum Sie immer solche Märchen nachträglich in die Welt setzen. Das haben Sie das letzte Mal auch schon getan, das ist schlicht unsinnig.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Zu Herrn Woltemath will ich nichts sagen, das war sozusagen das Weltkind in der Mitte, dazu kann man eigentlich nichts sagen. Herr Röwekamp, jetzt weiß ich, wie Sie sich Oppositionspolitik vorstellen. So hätte ich das früher auch gern gehabt: Wir warten einmal, was der Senat so macht, lassen uns Listen vorlegen und kreuzen an.

(Heiterkeit beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD – Abg. Röwekamp [CDU]: So haben Sie es doch auch gemacht!)

So stellen Sie sich das vor. Ich finde, da bleiben Sie ein wenig hinter Ihren Möglichkeiten.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Sie sollten doch versuchen, ihre Möglichkeiten auszuschöpfen. Ich erwarte jedenfalls, dass Sie uns am Freitag in der Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses konkrete Vorschläge machen. Vielleicht, ich rege einmal an, schauen Sie sich einmal andere Bundesländer an, etwa Hamburg, um ein Gefühl dafür zu bekommen, wie andere das machen, wo Christdemokraten die Wirtschaftssenatoren stellen, etwa das Verhältnis von direkten wirtschaftsrelevanten Investitionen zu anderen Investitionen. Wenn Sie da einmal nachrechnen und zusammenzählen, kommen Sie erstaunlicherweise bis nach dem Komma auf gleiche Prozentsätze. Das nur zu der Aussage, bei Wirt-

(C)

(D)

(A) schaft kommt in Bremen nichts heraus, das ist schlicht und einfach Unsinn!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Herr Kollege Rupp, ich habe wohl verstanden, was Sie gesagt haben, aber ich verstehe Ihre Denkweise nicht. Sie wollen möglicherweise also nicht nur das eine oder andere an Einzelmaßnahmen in diesem Konjunkturprogramm verändern. Sie reklamieren immer wieder die Beirätebeteiligung. Mitte Januar haben wir im Haushaltsausschuss gesessen, und Sie haben da schon vorweg beklagt, dass niemand beteiligt würde. Sechs, sieben Wochen haben Sie Zeit gehabt, mit allen zu diskutieren. Jetzt stellen Sie sich wieder hin und beklagen sich. Sie beklagen sich im Grunde nur über sich selbst, dass Sie in diesen sieben Wochen nichts auf die Reihe bekommen haben, mehr ist das nicht.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Diese Vorhaben haben einen langen Vorlauf, und davon abgesehen, haben natürlich auch die Beiräte in dieser Zeit getagt. Also, ich bin gespannt auf Ihre konkreten Maßnahmen.

(B) Das, was Sie darüber hinaus wollen – offensichtlich ganz außerhalb des Konjunkturprogramms –, innerhalb des Nachtragshaushalts noch einmal rund 30 Millionen Euro Schulden zu machen, das ist der eigentlich interessante Kern. Wenn ich versuche, das zu verstehen, was eigentlich dahintersteckt, ist es natürlich, erstens, Sie machen sich das Leben leicht, Sie machen es sich verdammt leicht.

(Beifall bei der SPD)

Zweitens, Geldausgeben, Schuldenmachen war immer, das ist doch die Ursache für die Situation, vor der wir heute stehen, dass es sich Generationen von Politikern vor uns immer leicht gemacht haben. Es war immer gut, es war immer nützlich, es war schön, Dinge zu beschließen, und am Ende haben wir diesen Berg von Schulden. So ist die Lage.

Jetzt haben Sie gesagt, da müsste man das Geld eben denjenigen, die sich das angeeignet haben, wieder wegnehmen. Der Bürgermeister hat, auch von früher noch gut geschult, dazwischengerufen, das ist die Expropriation der Expropriateure. Richtig! So stellen Sie sich das offensichtlich vor. Wir machen weiter in der Verschuldung des Staates, wir häufen Schulden auf Schulden und gehen davon aus, dass wir irgendwann einmal einen Strich darunter machen. Dann sind die Schulden weg, und wir haben das Problem gelöst. So wird es aber nicht laufen, sehr verehrter Herr Kollege!

Beim letzten Mal hat es mich schon so geärgert, wie Sie auf den Vorwurf der Verschuldung in der früheren Deutschen Demokratischen Republik eingegangen sind. Ich will auch dazu etwas sagen. Die Denke ist nämlich die gleiche, ungern bringe ich Sie in Verbindung mit diesem Denken, aber das muss auch einmal sein. Sie haben zwar damals in der DDR keine Schulden gemacht, aber sie haben schlicht die Substanz aufgeessen, die Substanz verzehrt. Da war am Ende nichts mehr übrig, das ist auch eine Art und Weise, die Zukunft zu verspielen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Wir werden aber mit Sicherheit niemanden haben, der uns dann aus der Patsche hilft, verehrte Kolleginnen und Kollegen. Das ist der Unterschied, deswegen können wir diesen Weg nicht gehen. Wir machen jetzt Schulden, wir machen sie aber mit Maß, wir machen das, was wir gemeinsam für notwendig halten, wir machen es im Bewusstsein dessen, dass wir das nachhaltig machen müssen, damit wir in Zukunft auch wieder durch die Investitionen sparen. Sie aber machen Schulden, weil Sie es wollen, weil Sie das Geld ausgeben wollen, weil Sie sich damit Freunde machen wollen. Das kann man alles politisch verstehen, aber es führt uns in die völlig falsche Richtung. Wir werden das so nicht mitmachen, wie Sie uns das vorschlagen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Rupp.

(Abg. W o l t e m a t h [FDP]: Keine Volkskammerdebatten!)

Abg. **Rupp** (DIE LINKE *): Herr Präsident, verehrte Damen und Herren, Kolleginnen und Kollegen! Wir sind hier ein Parlament und nicht die Volkskammer, wir sind die Bremische Bürgerschaft. Wir haben die Probleme hier, und es wird Sie nach wie vor ärgern, aber wir sind jetzt auch eine Weile dabei, und wir werden auch bleiben. Von daher werden wir möglicherweise solche Debatten auch öfter haben.

Erstens, sieben Wochen haben wir nichts auf die Reihe bekommen, das ist natürlich Unsinn. Ich jammere nicht, ich kritisiere. Für mich ist das ein Unterschied, und ich mache auch immer sehr konkrete Vorschläge, wie es anders geht, und oft ist es so, würde man diesen Vorschlägen gefolgt sein, wäre es besser gewesen. Aber davon abgesehen, bekommen wir es auf die Reihe, eine Anhörung zu machen, und wir haben sehr detaillierte Vorstellungen entwickelt, wo

*) Vom Redner nicht überprüft.

(C)

(D)

(A) man das Geld anders einsetzen kann. Also, dass wir nichts auf die Reihe bekommen, ist natürlich völliger Unsinn. Wir bekommen es auf die Reihe, wir haben nur eingeklagt, dass es nicht die Parteien sind, die herumlaufen und fragen müssen, sondern wir haben eingeklagt, dass es in diesem Verfahren von Haushalts- und Finanzausschuss, Bürgerschaft, Nachtragshaushalt einen Punkt geben muss, an dem Menschen und Beiräte in irgendeiner Weise institutionalisiert beteiligt werden müssen.

(Abg. D r . G ü l d n e r [Bündnis 90/Die Grünen]: Haben Sie gemacht oder die Beiräte?)

Viele Beiräte haben auch einen Beschluss gefasst, dass sie deutlicher als bisher an diesem Prozess beteiligt werden müssen, fünf oder sechs sind unseren Anregungen gefolgt.

(Abg. D r . G ü l d n e r [Bündnis 90/Die Grünen]: Die Schlawieren haben etliche Vorschläge gemacht!)

Genau, dafür werbe ich ja, dass dieses Verfahren keinen Punkt hat, an dem Beiräte und Stadtteile institutionalisiert beteiligt worden sind, und das müsste für die Zukunft besser werden.

(B) (Beifall bei der LINKEN)

Was die Expropriation der Expropriateure angeht, können wir diese Debatte hier gern noch einmal führen, aber die letzten zehn Jahre sind eine Phase, in der interessengeleitete Politik dafür gesorgt hat, dass Menschen in unserem Land immer reicher geworden sind. Der Bericht der Lebenslagen zeigt es auch.

Die Anzahl der Leute, die über 50 000 Euro im Jahr verdienen, sowie die Anzahl der Leute, die unter 20 000 Euro verdienen, ist gestiegen, dazwischen ist die Anzahl der Menschen, die normal verdienen, geschrumpft. Das heißt, wir haben nach wie vor möglicherweise auch aufgrund der Steuersituation einen Prozess, wo Menschen, die viel Geld haben, immer schneller immer reicher werden, und Menschen, die wenig Geld haben, immer mehr und immer ärmer werden, und mit diesem Prozess muss man aufhören.

(Abg. R ö w e k a m p [CDU]: Aber dafür treffen wir uns nicht Freitag um 7.00 Uhr!)

Dafür treffen wir uns möglicherweise nicht Freitag um 7.00 Uhr. Ich will nur darauf hinweisen, dass es keinen Punkt gibt, an dem man einen Strich macht und alles glatt zieht. Ich möchte nur für etwas werben, was der Bericht der Lebenslagen auch sagt, dass wir irgendwann einmal gerechtere Steuern haben, und wenn wir gerechtere Steuern haben, zum Beispiel eine Anhebung des Spitzensteuersatzes, wer-

den wir auch in der Lage sein, die gesellschaftlichen Kosten, die wir haben, zu bezahlen, und wir werden auch möglicherweise oder mit Sicherheit in der Lage sein, die Schulden, die wir jetzt zur Sicherung der sozialen Einheit dieser Stadt aufnehmen müssen, auch zurückzubezahlen. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der LINKEN)

Präsident Weber: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Aussprache ist geschlossen.

Wir kommen jetzt zu den Abstimmungen.

Es ist vereinbart worden, bei dem Nachtragshaushaltsgesetz zuerst die erste Lesung durchzuführen, um im Anschluss daran über die Überweisung an den staatlichen Haushalts- und Finanzausschuss und an die Ausschüsse, deren Aufgabenbereich betroffen sind, abzustimmen.

Wer das Nachtragshaushaltsgesetz der Freien Hansestadt Bremen für das Haushaltsjahr 2009, Drucksache 17/709, in erster Lesung beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen und Abg. T i m k e [BIW])

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen DIE LINKE)

Stimmhaltungen?

(FDP und Abg. T i t t m a n n [parteilos])

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung.

Bei den Vorlagen zum Nachtragshaushalt 2009 ist Überweisung an den staatlichen Haushalts- und Finanzausschuss, federführend, sowie die Ausschüsse, deren Aufgabenbereiche betroffen sind, vorgesehen. Dies sind der Rechtsausschuss, der Ausschuss für Wissenschaft und Forschung und der Ausschuss „Krankenhäuser im Land Bremen“.

Ich lasse jetzt über die Überweisungen abstimmen.

Wer der Überweisung des Nachtragshaushaltsgesetzes der Freien Hansestadt Bremen für das Haushaltsjahr 2009, Drucksache 17/709, des Nachtragshaushaltsplanes und des Produktgruppenhaushalts für das Haushaltsjahr 2009 zur Beratung und Berichterstattung an den staatlichen Haushalts- und Finanzausschuss, federführend, und die entsprechenden Ausschüsse seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(C)

(D)

(A) Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) überweist entsprechend.

(Einstimmig)

Außerdem möchte ich Sie darum bitten, damit einverstanden zu sein, dass die bei der Verwaltung der Bremischen Bürgerschaft noch eingehenden Anträge und Änderungsanträge zu dem Nachtragshaushalt 2009 unmittelbar an den staatlichen Haushalts- und Finanzausschuss sowie die entsprechenden Ausschüsse weitergeleitet werden. Die Ausschüsse wer-

den gebeten, dem Haushalts- und Finanzausschuss Bericht zu erstatten, und dieser wiederum wird gebeten, der Bürgerschaft (Landtag) einen Gesamtbericht vorzulegen.

Ich stelle Einverständnis fest.

Mit Beratung dieses letzten Punktes ist die Tagesordnung der Bürgerschaft (Landtag) beendet.

Ich schließe die Sitzung.

(Schluss der Sitzung 11.48 Uhr)

(C)

(B)

(D)